Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Der Volksfreund. 1901-1932
# 1914

155 (8.7.1914)

Visual Library

No. 155. Karlsruhe, Mittwoch den 8. Juli 1914. 34. Jahrg.

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

## Doppelter Boden.

Die Weltpolitik Wilhelms II. und die Heimatpolitik der deutschen Agrarier haben sich nie so recht miteinander vertragen können, und wenn auch unsere Junker sich schließlich immer bereit gefunden haben, die Kosten für die Seerüstungen aufzubringen ,so waren sie doch nie mit ganzer Seele bei der Sache, und im Grund gilt das ärgerliche Wort von der gräßlichen Flotte das ihr Diederich Hahn einmal in einem unbewachten Moment dem Gehege seiner Zähne entschlüpfen ließ, bei ihnen noch bis zum heutigen Tage. Sie werden ja nun auch in Zukunft, wie sie es in der Vergangenheit getan haben, den Flottenforderungen mit einer eben so stark zur Schau getragenen Begeisterung zustimmen wie den Heeresvorlagen, denn sie sind ja Patrioten und wollen sich umso weniger nachsagen lassen, daß sie der Wehrkraft des deutschen Reiches irgend etwas versagen, als sie gleichzeitig alle Anstrengungen machen, ihre Vaterlandsliebe von anderen Leuten bezahlen zu lassen. Aber eine Bedingung stellen sie unter allen Umständen: es muß dafür gesorgt werden, daß die Weltpolitik ihren Interessen so wenig als möglich gefährlich wird und daß sie ja nicht dazu beiträgt, dem deutschen Volke zum Nachteil des Großgrundbesitzes billige Lebensmittel zuzuführen. Man kann sich die Flotte nur solange gefallen lassen, als ihr Bau und ihre Erhaltung den Rüstungsfirmen hohe Prozente sichert, und als ihre Verwendung dem Exportkapital zu den von ihm gewünschten hohen Zinsen verhilft. Höchstens, daß nebenbei auch noch gelegentlich darauf hingewiesen werden darf, wie ungeheuer vorteilhaft es doch für die Arbeiter sei, wenn immer neue Panzerschiffe auf Kiel gelegt werden, und wie das doch eine der erfolgreichsten Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstelle.

Aber so ganz wollen sich die Differenzen zwischen der agrarischen Landpolitik und der flottenfrohen Seepolitik doch nicht beseitigen lassen ,und gerade jetzt kommen sie wieder einmal aus Anlaß einer Abhandlung, die in dem bekannten, „Nauticus“ betitelten Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen erschienen ist, zum Ausbruch. Der Nauticus, der zum mindesten als eine hochoffiziöse Publikation anzusprechen ist, setzt auseinander, wie groß die Bedeutung des Außenhandels für unsere Volkswirtschaft sei. Er kommt zu dem Ergebnis, es verbleibe eine Gesamtmehreinfuhr von reichlich 5 Milliarden Mark, die wir für Waren ausgäben, mit denen uns früher unsere Landwirtschaft auskömmlich versorgte und die wir nicht entbehren könnten ohne unsere Lebenshaltung zu verschlechtern, ohne Mangel zu leiden in der Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse. „Müssen wir“, so sagt der Verfasser des betreffenden Abschnittes,“ fast ein Drittel unseres Bedarfs aus dem Auslande beziehen, so wohnt, gleiche Lebenshaltung vorausgesetzt, fast ein Drittel unserer Bevölkerung, d. s. rund 22 Millionen Menschen mehr im Lande als die Landwirtschaft ernähren kann.“

Es läßt sich verstehen, daß diese Darstellung unseren Agrariern außerordentlich wenig gefällt. Da bemühen sie sich jahrein, jahraus um den Nachweis, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, den Lebensmittelbedarf des deutschen Volkes zu decken, und nun kommt da jemand, dessen Argumente sie nicht einmal mit dem in solchen Fällen beliebten Hinweis auf seine vaterlandslose Gesinnung beiseite schieben können und rechnet aus, daß Deutschland nicht nur zurzeit auf eine beträchtliche Zufuhr aus dem Auslande angewiesen sei, sondern daß sich auch in Zukunft daran nichts wesentliches ändern werde. Und das alles in einer Veröffentlichung, der eine Reichsbehörde zum mindesten recht nahe steht.

Zwar will die „Deutsche Tageszeitung“ es nicht glauben, daß die Marineverwaltung diese ketzerischen Ansichten teile oder billige. Ihr amtliches Organ, die „Marine-Rundschau“ hat ja erst im vergangenen Jahre hervorgehoben, daß die deutsche Landwirtschaft sich dem Ideal, der Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes wieder näher gekommen sei. Doch peinlich und mißlich bleiben die Betrachtungen des „Nauticus“ unter allen Umständen, denn sie sind geeignet, manchen sonst gut patriotisch denkenden Mann irre zu führen und ihm an der Zweckmäßigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit Zweifel beizubringen. Deshalb bemüht man sich in langen Artikeln die Forschungsmethode sowohl wie die Ergebnisse des „Nauticus“-Mannes zu diskreditieren und beruft sich auf andere Autoritäten, die der agrarischen Wirtschaftspolitik sympathischer gegenüberstehen.

Dabei spielt wie immer, wenn die Brotwucherei verteidigt werden soll, die Ernährung des deutschen Volkes im Kriegsfalle die größte Rolle, denn das ist ja einer der wirksamsten Tricks unserer Großgrundbesitzer, die ungeheuerliche Verteuerung der Lebensmittel im Frieden mit dem Hinweis auf die angeblich dadurch gesicherte Ernährung nach Ausbruch eines Krieges zu rechtfertigen. Aber diese Beweisführung hat einen Haken, denn auch bei ihr kommt man wieder mit den Argumenten der Flottenpolitik in Konflikt. Warum setzt uns denn der „Nauticus“ die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Auslande auseinander? Doch nicht weil ihn die Frage wissenschaftlich interessierte und weil er seinen Lesern ein eben solches Interesse beibringen möchte. Seine Absicht ist dem Publikum klar zu machen, wie bitter not uns eine große Flotte ist, die die Zufuhr aus dem Ausland, auf die zu verzichten wir nicht mehr in der Lage sind, im Fall der Not zu sichern und zu schützen vermag. Der „Nauticus“ von 1914 nimmt damit nur die Tradition der ersten Jahrgänge wieder auf. Die ganze Flottenkampagne der neunziger Jahre schon wurde durch den Hinweis auf die Gefährdung unserer Nahrungszufuhr im Kriege belebt.

Schon damals ist auch auf den Widerspruch zwischen der Begründung für die Flottenrüstung und der für die Zollrüstung aufmerksam gemacht worden. Ohne Erfolg natürlich, denn das Gros unserer nationalen Elemente denkt nicht über den Augenblick hinaus. Handelt es sich um die nationale Flottenpolitik, so steht es fest, daß wir vom Ausland dauernd abhängig bleiben und deshalb immer mehr Schiffe nötig haben. Handelt es sich um die nationale Wirtschaftspolitik, so steht es nicht minder fest, daß die deutsche Landwirtschaft den Volksbedarf zu decken vermag, wenn sie nur durch Zölle von der Konkurrenz des Auslandes geschützt wird. Und die Regierung tut natürlich ihr möglichstes, um die Unvereinbarkeit der beiden Motivierungen nicht in die Erscheinung treten zu lassen; sie läßt das eine Bild immer erst verschwinden ,bevor sie das andere vor unser trunkenes Auge zaubert.

Nur zuweilen enthüllt sich einmal durch irgend eine Unvorsichtigkeit die Tatsache, daß unsere nationale Politik einen doppelten Boden hat. Dann wird ein bißchen krakehlt, aber es dauert nicht lange, bis alles wieder eingerenkt ist, und ganz nach Wunsch und Bedarf begeistert sich der vaterländisch empfindende deutsche Philister dann wieder für das weite Meer oder für die heimatliche Scholle.

## War der Großblock für Baden eine Notwendigkeit?

Unter dieser Ueberschrift behandelt Gen. A. Weißmann-Freiburg in einem Artikel der „Neuen Zeit“ die Frage, die zurzeit weite Parteikreise interessiert. Ausgehend von der viel besprochenen bedingten Kündigung des Großblocks im badischen Landtage aus dem Munde des sozialdemokratischen Führers Gen. Kolb gibt Weißmann zunächst eine eingehende Biologie des Großblocks aus den Wahlaufrufen unserer Partei 1905, 1909 und 1913, aus denen deutlich hervorgeht, daß der Großblock den ausgesprochenen Zweck hatte: Verhütung einer Zentrumsmehrheit in Baden! Im Schlußsatz des Artikels behandelt Weißmann die Nutzanwendung d. h. die Fragen: Sollen wir die Nationalliberalen auf die Seite des Zentrums drängen oder nicht?! Er schreibt:

Die Kritiker der badischen Großblockpolitik pflegen mit besonderer Vorliebe alle jene Reden und Abstimmungen der Liberalen und vor allem der Nationalliberalen aufzuzählen, durch welche sich diese in einen Gegensatz zur Sozialdemokratie und zu den Zielen des Großblocks stellen. Sie vergessen aber völlig, daß der Großblock nicht nur eine positive Tendenz: Fortentwicklung des politischen, geistigen und sozialen Lebens in freiheitlichem Sinne enthielt. Man muß, will man ein objektives Urteil fällen, die Frage aufwerfen: Was hat der Großblock in Baden verhindert? Zunächst eine Zentrumsherrschaft mit all jenen gefährlichen Begleiterscheinungen, die uns heute Bayern, Belgien und andere vom Klerikalismus beherrschte Länder recht sichtbar vor Augen führen. Ferner ist die Ausdehnung und der Einfluß des Zentrums in Baden zum mindesten zum Stillstand gebracht worden. Zwei Gegenüberstellungen mögen dies beweisen. Das Zentrum hatte

| | Stimmen | Prozent der abgegebenen Stimmen | Mandate |
|---|---|---|---|
| 1905 . . . . . | 125 453 | 42 | 28 |
| 1909 . . . . . | 116 153 | 35 | 29 |

Die Wahl von 1909 brachte dem Zentrum sogar nur 90 840 Stimmen und 26 Mandate, aber sie soll hier ausgeschaltet werden, weil sie für den Großblock (infolge der Reichsfinanzreform) ungewöhnlich günstig war. Auch der Umstand, daß die Konservativen 1909 und 1913 ein paar tausend Zentrumsstimmen erhielten — die Legislaturperiode dauert in Baden vier Jahre — spricht nicht gegen die vorstehende Auffassung. Und wenn die Sozialdemokratie von 1905 bis 1909 in der zweiten Kammer zwischen den beiden großen Parteien Zentrum und Nationalliberale das Zünglein an der Abstimmungswage bildete, wenn es von 1909 bis 1913 durch seine 20 Abgeordneten die zweitstärkste Partei wurde und die Gesetzgebung ganz wesentlich beeinflußte, so kann man darüber nicht mit geringschätzigem Achselzucken über die angeblich minimalen Erfolge des Großblocks hinweggehen. In diese Großblockära fällt auch die Einführung des Proporzes zu den Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen, die uns das Eindringen in fast alle Gemeindeverwaltungen Badens ermöglicht hat. Mit seinen 2013 sozialdemokratischen Bürgerausschußmitgliedern, Stadtverordneten, Stadt- und Gemeinderäten sowie einigen Bürgermeistern steht das kleine Baden mit nur 2 110 000 Einwohnern bezüglich des sozialdemokratischen Einflusses in den Gemeinden neben Sachsen an der Spitze aller deutschen Bundesstaaten. Ebenso ist das Schulgesetz mit dem sogenannten Dissidentenparagraphen, „daß Kinder, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, gegen den Willen des Vaters zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angehalten werden können“, eine Errungenschaft der Großblockperiode, um die man in Preußen — leider vergeblich! — bis jetzt gekämpft hat.

Aber wo bleiben die Klasseninteressen des Proletariats? So fragen die Großblockgegner. Daß wir auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes ,der Einführung der Arbeitslosenversicherung usw. auch in Baden noch viel zu erkämpfen haben, wissen wir. Gleichwohl wäre in den Landtagssessionen von 1909 bis 1913 mehr erreicht worden, wenn sich nicht die badische Regierung, getreu dem Beispiel der Regierungen der anderen Bundesstaaten, ganz beharrlich zum Anwalt der Besitzenden gemacht hätte. Hat doch die Großblockmehrheit des badischen Landtags — um nur ein Beispiel herauszugreifen — im Jahre 1912 zur Einführung der Arbeitslosenversicherung 100 000 Mark bewilligt. Die Regierung weigerte sich aber, sie ins Budget einzustellen. Auch die badische Fabrikinspektion zählt keineswegs zu den rückständigsten der gleichen Institutionen im übrigen Deutschland.

Wenn schon, denn schon! Entdeckt man geflissentlich nur die Schattenseiten der Großblockzeit, dann dürfen auch einige Lichtseiten berührt werden. Ein anderer Einwand gegen den Großblock wird auf die Formel gebracht: Das Klasseninteresse des Arbeiters stumpft ab, wenn der ausgebeutete Fabrikproletarier den Großblockstimmzettel für den ausbeuterischen und sozial rückständigen Fabrikanten in die Urne legen muß. Angenommen, aber nicht zugegeben! 1905 mußten jedoch in fünf Wahlkreisen, 1909 in sechs und 1913 wieder in fünf Wahlkreisen die Liberalen und damit auch die liberalen Fabrikanten und sonstige Unternehmer für sozialdemokratische Kandidaten, also für ihre schärfsten Gegner in wirtschaftlicher Beziehung, stimmen. Und sie haben es durchgängig ebenso prompt getan, wie die sozialdemokratischen Arbeiter im Interesse der Verhinderung einer Zentrumsmehrheit für die Liberalen stimmten.

Es soll auch der gewerkschaftliche Kampf unter der „Großblockwirtschaft“ beeinträchtigt werden! Für diese Behauptung fehlen ebenfalls die Beweise. Bis jetzt ist noch kein einziger Lohnkampf in Baden deswegen unterblieben, weil der Großblock bestand. Die Gewerkschaften sind von dem durchaus richtigen Standpunkt ausgegangen, der Großblock könne und dürfe sie nicht hindern, die ökonomische Lage ihrer Mitglieder zu verbessern.

*

Und nun der Kern des Streites: Soll die badische Sozialdemokratie mit voller Absicht die Nationalliberalen an die Seite des Zentrums und der Konservativen drängen? Soll sie die Front ihrer Gegner geschlossener machen und dann gegen „die eine reaktionäre Masse“ kämpfen? Gewiß, die Zeit wird kommen, wo auch in Baden Zentrum und Nationalliberale den Kampf wider den Drachen Umsturz gemeinsam führen. Hat die Sozialdemokratie begründete Veranlassung, das Nahen dieses Zeitpunktes zu beschleunigen? Sicherlich nicht. Auch in der Führung des politischen Kampfes gilt doch wohl der Grundsatz: Teile und herrsche! Indem die Sozialdemokratie die in Baden seit Jahrzehnten bestehende, im gewissen Sinne historische Kluft zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen erweitert, stärkt sie ihren eigenen Einfluß und verhindert, daß man sie politisch isoliert. Wenn es richtig ist, daß die Kampfesenergie des Proletariats um so nachhaltiger zur Geltung kommt, je zahlreicher die zu überwindenden Feinde sind, dann ist es ebenso richtig, daß man nicht stets und überall einen aussichtslosen Kampf führen will. Auch der Preis des Kampfes fällt in die Wagschale. Und die Erringung dieses Preises: Verhütung der Herrschaft des Zentrums! macht in Baden den Großblock notwendig.

## Deutsche Politik.

### Die Finanzen des Reiches und der Bundesstaaten.

Das statistische Amt veröffentlicht eine Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten, enthaltend Uebersichten über die Ausgaben, die Einnahmen, die wichtigeren Bestandteile der Staatsvermögen sowie die Schulden. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Voranschläge auf das Rechnungsjahr 1913, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1911.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Voranschlägen der Bundesstaaten 6 743 Millionen Mark (darunter außerordentliche 278) für das Reich 4120 (darunter außerordentliche 119), zusammen in Reich und Bundesstaaten 10 863 (darunter außerordentliche 397).

Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 6 718 Millionen Mark, im Reich auf 4120, zusammen in Reich und Bundesstaaten 10 838 (darunter außerordentliche aus Grundstock, Anlehen und sonstigen Staatsfonds 230 bezw. 119).

Unter den Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen diejenigen der Erwerbsanstalten mit 3391 bezw. 4463 Millionen Mark an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatseisenbahnen mit 2488 bezw. 3271. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Erwerbsanstalten des Reichs (862 bezw. 1049) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraph (730 bezw. 861) und die Eisenbahnen (122 bezw. 154).

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 853, Aufwandssteuern 118, Verkehrssteuer 116 und Erbschaftssteuern 23, zusammen 1110 Millionen Mark.

Das Reich bezieht aus Zöllen 880, aus Aufwandssteuern 703, aus Verkehrssteuern 279, aus der Erbschaftssteuer 47 und aus dem Wehrbeitrag 417, zusammen 2326 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Bezug auf wichtigere Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberschüssen früherer Rechnungsjahre, verfügbarem Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 760 347 ha, an Forsten 5 094 664 ha. Die Staatseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 56 135 km (im Reich 1897) und ein Anlagekapital von 17 358 (im Reich 848) Millionen Mark.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1913 für die Bundesstaaten auf 15 502 (darunter Preußen 92 67, Bayern 2286) für das Reich auf 4677 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betrugen insgesamt 915 Millionen Mark, sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (220) und Preußen (635.)

### Vor der neuen Flottenvorlage noch eine Mannschaftsvermehrung.

Der „Deutsche Courier" erfährt, daß der neue Marine-Etat für das Jahr 1915 eine nicht unerhebliche Mannschaftsvermehrung erfordert. Die Geschichte der letzten Jahre habe gezeigt, daß oft zur gleichen Zeit, an mehreren Stellen der Erde kriegerische Verwickelungen entstehen können, die das Leben der Deutschen und deutsches Besitztum bedrohen. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, die Auslandsflotte, die nach dem Flottengesetz aus acht großen und 10 kleinen Kreuzern bestehen soll, neben der Hochseeflotte voll aufzustellen, damit die großen deutschen Interessen in allen Teilen der Welt jederzeit entsprechenden Schutz finden können. Jetzt seien aber von den 4 als Stationäre gedachten großen Kreuzern nur 2 im Dienst und das „Fliegende Geschwader", das jederzeit überall wo Verwickelungen eintreten und deutsche Interessen bedroht werden, Verwendung finden soll, existiere nur auf dem Papier. Die Marineverwaltung verlangt daher die nötige Vermehrung der Mannschaften zur Durchführung des bestehenden Flottengesetzes.

Das bisherige Flottengesetz ist also noch nicht durchgeführt und schon werden Mitteilungen von einer neuen Flottenvermehrung gemacht. Dies charakterisiert drastisch unsere uferlose Flottenpolitik.

### Die Luft wird kartelliert!

Die Badische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, besitzt das Habersche Patent auf Gewinnung von Ammoniak aus der Luft. Ammoniak ist ein wichtiges landwirtschaftliches Düngemittel. Bisher beherrschte die Deutsche Ammoniakverkaufsvereinigung, Bochum, der alle großen rheinisch-westfälischen Montanwerke angeschlossen sind, den ganzen Westen Deutschlands. Die oberschlesischen Kokswerke regierten über den deutschen Osten, soweit er Ammoniak braucht. Als das Habersche Verfahren funktionierte und die Herstellung des künstlichen Ammoniaks — der jetzt Nebenprodukt des Verkokungsprozesses ist — gelang, kam es zu einem gewaltigen Preiskampfe. Jetzt ist aber alles in Ordnung. Man hat sich einfach kartelliert, dem „Luftammoniak" ist ein bestimmtes Verkaufsgebiet zugeteilt worden, ebenso wie die Verkaufsvereinigung und die oberschlesischen Kokswerke ihr Teil von Deutschland neu erhalten haben. Der erste sichtbare Erfolg ist, daß in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn (das völlig zu den deutschen Kartellherren gerechnet werden muß), die Preise per 100 Kilogramm auf 24 und 25 Mark getrieben werden konnten! In England kostet der gleiche Ammoniak zur Zeit nur 19,50 Mk.

Ammoniak ist, wie schon erwähnt, eine Nebenprodukt des Verkokungsprozesses. Rechnet man einmal den großen rheinisch-westfälischen Montanwerken nach was sie allein aus diesem einen ihrer vielen Neben- und Abfallprodukte herausholen, dann werden die Gewinne dieser Aktiengesellschaften erst richtig verständlich. Aus 100 Kilogramm Steinkohle gewinnt man bei der Verkokung etwa 1,2 Kilogramm Ammoniak. Das wären immer — an dem jetzigen Kartellpreise gemessen, 30 Mk. Gelsenkirchen produzierte im Jahre 1912/13 31 000 Tonnen schwefelsaures Ammoniak, das ergibt einen Nebengewinn von 7,75 Millionen Mark! Wenn hier auch eine oder gar zwei Millionen Mark für Propaganda und ähnliche Spesen drauf gehen, der Gewinn bleibt enorm. Phönix produziert alljährlich 20 000 Tonnen Ammoniak, Deutsch-Luxemburg 24 600 Tonnen.

Ueberdies wollten Vereinigung und oberschlesische Kokswerke erst den Badischen Anilin- und Sodafabriken das Recht, Ammoniak aus der Luft zu holen und zu verkaufen, nicht zugestehen. Ein kräftiger Preiskampf überzeugte sie aber davon, daß es doch klüger für den eigenen Geldbeutel sei, vereint die Konsumenten auszubeuten. Seitdem ist die Luft, soweit sie Ammoniak hergibt, vollständig kartelliert.

### Die Kassenärzte des Kreises Niederbarnim streiken.

Zwischen der Verwaltung der Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim und den 118 der kassenärztlichen Vereinigung angehörenden Aerzten ist ein Konflikt ausgebrochen. Die Aerzte haben am Montag ihre Tätigkeit für die Kassenmitglieder eingestellt, um dahin zu wirken, daß das jetzige Vertragsprovisorium durch ein festes Verhältnis ersetzt wird.

Die Verwaltung der Ortskrankenkasse erklärt zu dem Konflikt: „Im Kreise Niederbarnim war die ärztliche Versorgung seit dem 1. Januar 1914 durch vorläufigen Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung im Kreise Niederbarnim geregelt worden. Nach diesem Abkommen zahlt die Kasse vierteljährlich 80 000 Mk. an die Kassenärztliche Vereinigung mit der Maßgabe, daß die Bedingungen des endgültig abzuschließenden Vertrages mit rückwirkenden Kraft vom 1. Januar 1914 zur Anwendung kommen sollen. Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung wurde kurz vor Ablauf des Interimistikums die Forderung aufgestellt, die Abschlagszahlung von 80 000 Mk. auf 120 000 Mk., also um 50 Prozent, zu erhöhen. Dieser Forderung konnte bei der jetzigen Mitgliederzahl unmöglich entsprochen werden. Die Kasse war dagegen bereit, das Interimistikum unter den bisherigen Bedingungen bis zum 30. September 1914 zu verlängern. Nach Mitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung wurde die Pauschale nur gefordert, um einen Druck zum schnelleren Abschluß des Vertrages auszuüben. Nun steht es aber gar nicht im Machtbereich der Kasse, den endgültigen Vertragsabschluß herbeizuführen. Hierfür sind maßgebend die Bestimmungen des Berliner Abkommens vom 23. Dezember 1913. Nach diesem ist der Abschluß des Vertrages an einen Ausschuß, der von den im Register eingetragenen Aerzten und Kassenvertreter gebildet wird, überwiesen. Die Vorarbeiten zur Konstituierung dieses Abschusses liegen dem Versicherungsamte ob und sind nahezu beendet. Die Kasse hat sich stets streng an die Bestimmungen des Berliner Abkommens gehalten. Es kann nur lebhaft bedauert werden, daß die Aerzteschaft dies nicht anzuerkennen scheint und den im Januar hergestellten Frieden ohne jeden ersichtlichen Grund brechen will. Von der Einsicht der überwiegenden Anzahl der Aerzte des Kreises ist wohl zu erwarten, daß sie den irreführenden Bestrebungen einzelner Mitglieder des geschäftlichen Ausschusses nicht folgen wird."

## Badische Politik.

### Wackers Unterwerfung.

Der geistliche Rat Wacker hat sich, wie wir bereits mitteilten, löblich unterworfen. Laut „Täglicher Rundschau" ist den Kongregationen Index und des Sanctum Officium in Rom vom Ordinariat der oberrheinischen Kirchenprovinz die amtliche Ankündigung zugegangen, daß der Geistliche Rat Wacker seine für alle Katholiken verbotene Druckschrift „Zentrum und kirchliche Autorität. Essen 1914" nunmehr **„aus freien Stücken und voll tiefer Reue verabscheue, verwerfe, widerrufe und verdamme, daß der Priester Wacker wegen des verursachten Aergernisses zu den Füßen des Heiligen Vaters niedersinkend von der Gnade seiner Heiligkeit Verzeihung erflehe,** daß der politische Schriftsteller Theodor Wacker seine in allen Teilen und aus Prinzip verworfene Druckschrift „Zentrum und kirchliche Autorität", worin er das neue (interkonfessionelle) Programm vom Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei d. d. 8. Febr. gegen die Lehre seiner heiligen Kirche zu begründen sich vermaß, aus dem Buchhandel und aus jeglicher anderen Art der Verbreitung zurückziehe.

Der „Geistliche Rat" ist nicht der erste Katholik, der in Zerknirschung vor dem Heiligen Vater niedersinkend seine eigene Ansicht feierlich preisgibt. Aber Herr Wacker ist nicht nur Priester, sondern er ist auch einer der hervorragendsten Führer der Zentumspatei, und die Irtümer, denen er abschwört, sind die **Grundlagen, die diese Partei ihrer Politik durch die bekannte Proklamation ihres Reichsausschusses gegeben hat.** Das Zentrum erklärt, daß die Katholiken sich in einer Partei organisieren dürften, die es nicht nötig habe, sich nach den Weisungen der Kirche zu richten, aber die Druckschrift eines ihrer Führer, in der diese Anschauung niedergelegt ist, wird vom Papst verdammt, und der politische Vorkämpfer sieht sich genötigt, sein Haupt demütig unter den Willen des Heiligen Vaters zu beugen.

**Will das Zentrum unter diesen Umständen immer noch an der Lüge seiner Unabhängigkeit von Rom festhalten,** und wird Herr Wacker am Ende gar seine politische Rolle in der Partei weiter spielen können, deren Grundsätze er in demütiger Unterwerfung unter den Willen des Vatikans als verwerflich und verabscheuungswürdig gebrandmarkt hat?

Der „Beobachter" freilich bezeichnet in seiner gestrigen Nummer die Mitteilungen über die Unterwerfung Wackers als „plumben Schwindel der kirchenfeindlichen Presse". Aber ein integraler Geistlicher ist in der Lage, in der Mannheimer „Volksstimme" das amtliche Dekret über Wackers Widerruf zu veröffentlichen. Dasselbe lautet:

### Amtliches Dekret.

„Am Montag, 1. Juni 1914, wurde im Apostolischen Palaste des Vatikans eine Sitzung abgehalten von der Heiligen Kongregation der Eminengen, der hochwürdigsten Kardinäle der Heiligen Römischen Kirche, die von unserem verehrungswürdigsten Herrn Papst Pius X. und dem Heiligen Apostol. Stuhle für den Index der verderblichen Lehren enthaltenen Bücher, sowie für deren Verurteilung und Zulassung in der gesamten christlichen Welt abgeordnet und bevollmächtigt sind. Darin hat sie verdammt und hat sie verurteilt, und sie verdammt noch jetzt; sie hat befohlen und befiehlt noch jetzt, folgendes Werk in das Verzeichnis der verbotenen Bücher zu setzen:

Theodor Wacker, Zentrum und kirchliche Autorität, enthalten in dem Werkchen: „Gegen die Quertreiber". Essen 1914.

Daher soll es keiner wagen, wes Grades oder Standes er auch immer sei, das vorgenannte, verdammte und verurteilte Werk, an welchem Orte oder in welcher Sprache es auch sei, in Zukunft herausgegeben oder die herausgegebenen zu lesen und zurückzubehalten, unter den im Index der verbotenen Bücher angedrohten Strafen.

Nachdem dies unserem verehrungswürdigsten Herrn Papst Pius X. durch mich, den unterzeichneten Sekretär, vorgetra-

## Die Götter dürsten.

Von Anatole France.

59 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Umsonst verbürgt sich Brotteaux für die Ehrlichkeit des Mönches. Auch von ihm nahm man an, daß er nur einen Teil von dem glaubte, was er sagte. Seine Ideen waren zu absonderlich, um nicht für gekünstelt zu gelten, und sie befriedigten keinen vollständig. Von Rousseau sprach er wie von einem seichten Schwindler; dagegen versetzte er Voltaire unter die göttlichen Menschen, ohne ihn jedoch dem liebenswürdigen Helvetius, Diderot oder dem Baron Holbach gleichzustellen. Nach seiner Meinung war Boulanger das größte Genie seiner Zeit. Auch den Astronomen Lalande sowie Dupuis, den Verfasser einer „Denkschrift über die Entstehung der Gestirne" schätzte er sehr. Die Witzbolde des Kreises suchten den armen Barnabiten auf alle Weise zu foppen, doch er merkte es nie; sein schlichter Sinn entging allen Fallen, die man ihm stellte.

Um die nagende Sorge zu verscheuchen und den Qualen des Müßigganges zu entgehen, spielten die Gefangenen Dame, Karten und Tricktrack. Musikinstrumente waren verboten. Nach dem Abendbrot sang man und sagte Verse auf. Voltaires „Pucelle" erfreute die Herzen dieser Unglücklichen etwas, und sie wurden es nicht müde, die Kraftstellen anzuhören. Da sie aber den furchbaren Gedanken, der ihnen tief im Herzen wurzelte, nicht los zu werden vermochten, so versuchten sie ihn bisweilen ins Lächerliche zu ziehen und führten in ihrem Zimmer mit den achtzehn Betten jedesmal mit der Hinrichtung der Verurteilten, die auf Die Rollen wurden je nach Geschmack und Fähigkeiten verteilt. Die einen spielten den Ankläger und die Richter, andere die Angeklagten und Zeugen. Diese Prozesse endeten jedesmal mit der Hinrichtuig der Verurteilten, die auf ein Bett gelegt wurden, mit dem Kopf unter ein Brett. Dann schloß sich eine Höllenszene an. Die Behendesten der Truppe hüllten sich in Bettücher und spielten Gespenster. Und ein kleiner Advokat aus Bordeaux, namens Dubosc, klein, schwarzhaarig, buckelig, einäugig und krummbeinig, der hinkende Teufel in Person, zog, mit Hörnern geschmückt, den Pater Longuemare an den Füßen aus seinem Bette und eröffnete ihm, daß er unwiderruflich zur ewigen Höllenpein verdammt sei, weil er den Weltenschöpfer zu einem neidischen, bösen und dummen Wesen gemacht hätte, zu einem Feinde der Liebe und Freude.

„Ah! ah! ah!" schrie der Teufel mit fürchterlicher Stimme, „du hast gelehrt, daß Gott es gern sieht, wenn seine Geschöpfe in Buße dahinsiechen und seinen holdesten Gaben entsagen . . Betrüger, Heuchler, Scheinheiliger, setze dich auf Nägel und friß in alle Ewigkeit Eierschalen."

Der Pater Longuemare begnügte sich mit der Antwort, daß in dieser Rede der Philosoph unter dem Teufel zum Vorschein käme und daß der geringste Teufel in der Hölle weniger Unsinn geredet hätte und nicht so unwissend sei wie ein Enzyklopädist.

Wenn ihn aber der girondistische Advokat einen Kapuziner nannte, so wurde er zornrot und erklärte, daß ein Mensch, der einen Barnabiten nicht von einem Franziskaner zu unterscheiden vermöchte, auch keine Fliege in der Milch sehen könnte.

Das Revolutionstribunal sorgte für Leerung der Gefängnisse, welche die Ausschüsse unermüdlich wieder füllten. In drei Monaten hatte das Zimmer der Achtzehn die Hälfte seiner Insassen gewechselt. Der Pater Longuemare verlor seinen Teufel. Der Advokat Dubosc war vor dem Revolutionstribunal erschienen und als der Föderalist und Verschwörer gegen die Einheit der Republik zum Tode verdammt worden. Nach seiner Verurteilung kehrte er, wie wie alle anderen, durch einen Korridor zurück, der quer durch das Gefängnis lief und zu dem Zimmer führte, das er ein Vierteljahr lang mit seinem Frohsinn erfüllt hatte. Er sagte seinen Gefährten Lebewohl und bewahrte dabei den gewohnten, leichten Ton und seine lustige Miene.

„Verzeihen Sie mir, mein Herr," sagte er zum Pater Longuemare, „daß ich Sie an den Füßen aus Ihrem Bette gezogen habe. Ich komme nicht mehr wieder."

Dann wandte er sich zu dem alten Brotteaux

„Adieu, ich gehe Ihnen voran ins Nichts. Ich gebe der Natur gern die Elemente zurück, aus denen ich bestehe, und wünsche, daß sie künftig einen besseren Gebrauch davon macht, denn man muß gestehen, daß ich ihr mißlungen bin."

Dann ging er hinab ins Bureau und ließ Brotteaux betrübt zurück, indes der Pater Longuemare, grün wie ein Blatt und mehr tot als lebendig, für den Gottlosen zitterte, der am Rande des Abgrundes noch lachte.

Als im Monat Germinal die hellen Tage wiederkehrten ging Brotteaux, der ein zärtliches Herz hatte, täglich mehrmals in den Hof hinab, der an den des Frauengefängnisses stieß. Dort wuschen die weiblichen Gefangenen des Morgens am Brunnen ihre Wäsche. Ein Gitter trennte beide Bezirke, doch die Stangen waren nicht so dicht, daß die Hände nicht hindurchgreifen und die Lippen sich nicht berühren konnten. Im nachsichtigen Dunkel der Nacht drängten sich die Pärchen gegen das Gitter. Dann zog Brotteaux sich diskret auf die Treppe zurück, setzte sich auf eine Stufe, zog seinen kleinen Lukrez aus der Tasche seines flohbraunen Rockes und las bei Laternenschein eis paar der herben Trostsprüche des Dichters: „Si ubi non erimus . . Wenn wir nicht mehr leben, so kann uns nichts mehr bewegen, nicht Himmel, noch Erde, noch das Meer, deren Trümmer in eins verschmelzen . . ." Aber im Genuß dieser hohen Weisheit beneidete Brotteaux doch den Barnabiten um seine Torheit, die ihm die Welt verhüllte.

Die Schreckenszeit wurde von Monat zu Monat furchtbarer. Allnächtlich zogen betrunkene Gefängniswärter mit ihren Wachthunden von Kerker zu Kerker und trugen die Anklageschriften aus; sie schrieen verstümmelte Namen, weckten die Gefangenen auf, und für zwanzig Opfer, die sie abholten, versetzten sie zweihundert in Schrecken. Auf den finsteren Korridoren, in denen blutige Schatten umgingen, wurden täglich, ohne einen Laut der Klage, zwanzig, dreißig, fünfzig Verurteilte abgeführt, Greise Frauen, Jünglinge, so verschieden an Stand, Charakter und Empfinden, daß man sich fragte, ob sie nicht nach dem Lose bestimmt waren. (Forts. folgt.)

gen worden, hat Seine Heiligkeit das Dekret gutgeheißen und zu veröffentlichen befohlen. Dessen zu Urkund.

Gegeben zu Rom, am 3. Juni 1914.

Franciscus Kardinal Della Volpe, Präfekt.

Thomas Esser. O. P. Sekretär."

An Stelle des † Siegels.

Das Schriftstück macht den Eindruck der Echtheit. Uns scheint, daß das Entrüstungsgetue des „Beobachters" „plumber Schwindel" ist.

### Reaktionäre Genugtuung.

Am letzten Sonntag fand in Stutensee bei Blankenloch ein Sommerfest der konservativen Partei statt, bei dem Freiherr Albrecht von Göler die Festrede hielt. Der konservative Landtagsabg. Bürgermeister Schöpfle-Langensteinbach sprach über die Verhandlungen des Landtages, wobei er besonders die Kultusdebatte erwähnte, deren Verlauf er als „befriedigend" für die konservative Partei bezeichnete.

Die Nationalliberalen können hieraus ersehen, wie weit sie mit ihrer Politik bereits gekommen sind. Von rechts her hagelt es Lobeshymnen und von links her Prügel auf die liberale Politik der „mittleren Linie". Die mittlere Linie ist eben diesmal eine Kleinigkeit nach rechts gerutscht mitsamt dem Liberalismus.

---

* **Karlsruhe**, 7. Juli. Zum Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Baden wurde der Amtsvorstand Geh. Regierungsrat Anton Beck in Lahr unter Verleihung des Titels Geh. Oberregierungsrat, zum Vorsitzenden des Vorstandes der badischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurde der Amtsvorstand Geh. Regierungsrat Franz Keim in Pforzheim unter Verleihung des Titels Geh. Oberregierungsrat, beide vom 1. September ab, ernannt.

**Konstanz**, 7. Juli. Die hier abgehaltene Internationale Zusammenkunft der unteren Post- und Telegraphenbeamten am Bodensee war von etwa 1000 Beamten aus Baden, Bayern, Württemberg, Oesterreich und der Schweiz besucht und nahm einen großartigen Verlauf. Besonders gefiel der prächtige Festzug durch die mit Flaggen und Ehrenpforten geschmückte Stadt. Oberpostschaffner Hummel (Konstanz) hielt die Begrüßungsrede, ferner sprachen die Vorstände der Vereine in Lindau, Friedrichshafen, Bregenz, Winterthur. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Bregenz bestimmt.

## Aus der Partei.

* **7. bad. Reichstagswahlkreis.** Eine gutbesuchte Wahlkreiskonferenz des 7. bad. Reichstagswahlkreisvereins fand am letzten Sonntag im „Anker" in Offenburg statt. Sämtliche Mitgliedschaften des Kreises mit Ausnahme von Marlen und Willstätt hatten Delegierte entsandt. Aus 5 Orten waren Vertrauensleute anwesend. Außerdem war der Kreisvorstand vollzählig, sowie Parteisekretär Trinks-Karlsruhe erschienen. Zu Punkt 1 gab zunächst Gen. Durban Erläuterungen zum gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. In ausgiebiger Weise gab er ein Bild über die geleistete Agitations- und Aufklärungsarbeit. Er bemängelte, daß einzelne Orte in bezug auf Einsendung von Fragebogen und Berichten an den Kreisvorstand sehr nachlässig sind, wodurch diesem die Geschäftsführung erschwert wird. Hier muß eine Besserung eintreten. Es gilt jetzt diese Mängel zu beseitigen und unsere ganze Kraft dem Ausbau der Organisation und der Stärkung der Presse zu widmen, dann werden wir erneut vorwärts schreiten. (Lebh. Beif.)

Gen. Haberer berichtete über die Kassenverhältnisse. Einzelne Mitgliedschaften müssen noch in bezug auf Beitragseinzug besser arbeiten, auch sollte die Einsendung der Abrechnungen pünktlicher erfolgen. Er gab noch ein Bild über die Abrechnung der Reichstagsnachwahl. Er hätte gewünscht, daß die Berichterstattung bei dieser Wahl auch vom Lande besser gewesen wäre. Der „Volksfreund" hat uns im Wahlkampf gut zur Seite gestanden und unsere Berichte rasch gebracht. Gen. Trinks machte den Vorschlag, mit Beginn des 4. Quartals eine intensive Agitation für die Presse und Organisation in die Wege zu leiten. Ein von ihm hierzu gestellter Antrag wurde angenommen. Nach diesem Antrag wird vom 15. bis Ende September eine umfassende Agitation für die Presse und vom 15. bis Ende Oktober eine solche zur Gewinnung von Mitgliedern veranstaltet. Gen. Winter spricht zur Presse, er bemängelt, daß eingesandte Berichte an den „Volksfreund" oft erst 8 Tage später erscheinen. Auch müsse die Mitarbeit vom Lande mehr zur Geltung kommen. Die weitere Debatte über Agitation gab noch manche beachtenswerte Winke. Der Weggang unseres Genossen Trins wurde allgemein bedauert. Wir verlieren in ihm eine tüchtige Kraft, die uns jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stand. Ob uns die geplanten Agitationsstellen den Verlust ersetzen können, sei fraglich. Es sei zu bedauern, daß gerade die Offenburger Delegierten den Ausschlag geben mußten. Das Bildungswesen sei durch ihn wesentlich gefördert worden. Gen. Adam gibt den Revisionsbericht. Der Antrag auf Decharge wird angenommen. Gen. Durban spricht Namens des Kreisvorstandes dem Gen. Trinks Dank und Anerkennung aus.

Zu Punkt 2: „Stellungnahme zum deutschen Parteitag" hielt Gen. Trinks ein kurzes Referat. Eine längere Aussprache löste die Delegiertenfrage aus. Der Antrag des Kreisvorstandes, daß mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse von einer Delegierung Abstand genommen werden soll, wird schließlich angenommen. Bei der Wahl des Vorortes wird Offenburg wieder als solcher bestimmt.

Unter „Inneres" teilt Gen. Haberer mit, daß zur Förderung des Bibliothekwesens die einzelnen Orte Bibliotheken erhalten, welche bis jetzt noch keine haben. Der Landesvorstand bewillige hier Zuschüsse. Zur Frage „Abhaltung des diesjährigen Parteifestes" wird der Antrag Kehl angenommen. Das Fest findet also am 2. August in Kehl statt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß Gen. Geiler während seiner Ferienzeit vom 9. August ab uns zur Verfügung steht. Etwaige Wünsche für Versammlungen sind dem Kreisvorstand rechtzeitig mitzuteilen. Mit dem Wunsche, die Delegierten mögen die gehörten Vorschläge beherzigen, alle kleinlichen Reibereien beiseite lassen und nur das Wohl unserer Partei im Auge haben, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Konferenz.

* **Preßprozeß.** Vor der Bremer Strafkammer hatten sich am Mittwoch der Redakteur unseres Bremerhavener Parteiblattes, Genosse Jeske, und der Schlosser Denk wegen angeblicher Beleidigung eines Sekretärs beim Wasserbauamt in Bremerhaven zu verantworten. Das Schöffengericht zu Bremerhaven hatte Gen. Jeske zu 130 Mk. und Denke zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich um die Kritisierung verschiedener auf dem Wasserbauamt vorgekommener Mißstände, die ein mit Namen genannter Sekretär verschuldet haben sollte. Die Beschuldigungen wurden schon von dem Schöffengericht als erwiesen angesehen, aber die genannten Mißstände fielen nicht dem genannten Sekretär zur Last. Die Strafkammer sprach den Arbeiter Denk frei, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Gen. Jeske wurde die Strafe auf 75 Mk. ermäßigt.

* **Gewerkschaftsmitglieder und Parteiorganisation in Wien.** Nach einer vom Genossen Dr. Robert Dameberg bearbeiteten Erhebung der Wiener Parteiorganisation gehören von den 139 742 männlichen Wiener Gewerkschaftsmitgliedern 33 417 der sozialdemokratischen Parteiorganisation an, und nur etwa 20 000 Wiener Parteigenossen sind auch Gewerkschafter und Genossenschafter, während die Partei für sich 34 119, die Gewerkschaften 139 742 und die Genossenschaften 85 415 Mitglieder zählen, was jedenfalls ein erstaunliches Verhältnis ist.

## Gewerkschaftliches.

* **Gährung unter den Bergarbeitern des Wurmreviers.** Es **gährt unter den Bergarbeitern des Wurmreviers.** Der Eschweiler Bergwerksverein, der dort dominiert, geht in rigoroser Weise mit Lohnabzügen vor, trotzdem der Bergarbeiter des Aachener Reviers schon lange schlechter gestellt ist, als der im Ruhrgebiet und der Eschweiler Bergwerksverein Riesenprofite macht. Die Lage der Bergarbeiter, die unter dem Eschweiler Bergwerksverein fronden, war von jeher eine schlechte. Schon im Jahre 1735 wohnten 300 Mann in Werkswohnungen. Der Knappschaftsdirektor Simon schrieb, daß damals ein schlimmes Trucksystem herrschte, welches die Bergarbeiter zum Trunk verführte. Ein großer Teil der Kohlenhauer lebte in mißlichen Verhältnissen. An die Anschaffung eines erträglichen Nachtlagers wurde nicht gedacht, die Bergarbeiter schliefen auf den Platten des Zimmers.

Die Gesellschaft „Vereinigte Steinkohlenbergbau" des Wurmreviers machte 1861 schon 10 Prozent Dividende und bezahlte ihren Arbeitern einen Lohn von 1,53 Mk. pro Schicht. 1889 stand der Lohn noch immer unter 3 Mk. und kam es auf den Zechen Notberg, Anna, Marie am 13. Mai zur Arbeitsniederlegung. Am 18. Mai standen von 5860 Mann Belegschaft 2465 im Streik. Auf den Eschweiler Zechen kam es zur Einigung. Auf den anderen dauerte der Streik bis in den Juni hinein. Im Jahre 1907 betrug der Durchschnittslohn der Wurmbergarbeiter 4,69 Mk. gegen 4,99 Mk. im Bezirk Dortmund. Ein Lohnunterschied von 30 Pf., der sich im Laufe der Jahre immer zuungunsten der Wurmbergleute verschob, sodaß im 1. Vierteljahr 1914 der Durchschnittslohn im Oberbergamt Dortmund nördliche Reviere 5,31 Mk. betrug gegen 4,88 Mk. bei Aachen. Der Hauerlohn stand im Oberbergamt Dortmund im 1. Vierteljahr 1914 auf 6,32 Mk., bei Aachen 5,57 Mk. Dies sind die amtlichen Zahlen.

Da die Lohnreduzierungen immer stärker werden (einzelnen Kameraden hat man bis zu 1 Mk. pro Schicht abgebrochen, hat sich im Wurmgebiet eine Erbitterung angesammelt, die den Grubenbesitzern sagen sollte, nicht zu weit zu gehen. Die Profite des Eschweiler Bergwerksvereins sind derart, daß sich die Grubenherren schämen sollten, den geringen Lohn des Bergmanns noch zu schmälern. Trotzdem vom Rohgewinn im Geschäftsjahre 1912/13 2 407 757 Mk. abgeschrieben wurden, die Beamtenbelohnungen (Prämien) 260 000 Mk. betrugen und die Herren Aufsichtsräte für ihre „schwere" Arbeit die Kleinigkeit von 222 945 Mk. erhielten, blieb zur Verteilung an die Aktionäre noch eine Dividende von 10 Prozent oder 3 400 000 gegen 3 040 000 Mk. im Geschäftsjahre 1911/12. Die Gesamtzahl der Bergarbeiter bei Aachen betrug im 1. Vierteljahr 1914 15 160 Mann. Hätte man einmal damit begnügt, statt 2 407 757 Mk. nur eine Million abzuschreiben, dagegen die übrigen 1 407 757 Mark zur Lohnaufbesserung verwandt, so hätte der Eschweiler Bergwerksverein den Arbeitern noch eine Lohnzulage geben können, statt rigorose Abzüge zu machen. Die „armen" Aktienbesitzer hätten dabei immer noch die 3 800 000 Mk. Reingewinn unter sich teilen können. Die Bergarbeiter des Wurmgebietes sind sich einig, mit allen Mitteln jede weitere Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren.

## Soziale Rundschau.

**Tauberbischofsheim**, 6. Juli. Fleischabschlag. Die Metzger der Umgegend haben einen ganz bedeutenden Fleischabschlag eintreten lassen. Das Rind- und Kalbfleisch wird jetzt zu 80 Pf. das Pfund verkauft gegen 96 Pf. seither. Für Schweinefleisch werden 65 Pf. bezahlt.

**150000**

**Versicherungsanträge**

**sind das Ergebnis der uneigennützigen Tätigkeit der von den Gewerkschaften und Genossenschaften bestellten Vertrauensmänner der Volksfürsorge.**

**Das Vertrauen zur Volsfürsorge ist groß u. berechtigt!**

**Die Volksfürsorge,** von den freien Gewerkschaften zum Wohle des schaffenden Volkes ins Leben gerufen, macht den Kapital- und Staatserhaltenden schwere Sorgen und Kümmernisse. Ein Flugblatt ist in den letzten Tagen massenhaft verteilt worden, das beweisen soll, daß gegenüber der gewerkschaftlichen „sozialdemokratischen" Volksfürsorge die neugegründete Deutsche Volksversicherung größere Vorteile biete. Diese Bürgschaft sei allein schon gegeben, dadurch, daß dreißig Lebensversicherungsaktiengesellschaften bei diesem neuen „Volksinstitut" als Mitbegründer gelten. Gewaltige Profite und Zinsen, bis zu 70 Prozent, ergaben seither die bürgerlichen Versicherungsgesellschaften für die Aktionäre und Verwaltungsräte. Das werde nun bei der „Volksversicherung" alles anders. Die hohen Herren des Aufsichtsrats versehen als unbesoldetes Ehrenamt ihre schwere Arbeit. Der Reichskanzler und ein Reichskommissar überwacht den gemeinnützigen Zweck.

Das Flugblatt und seine goldenen Versprechungen triefen auch förmlich von Volkswohl und Patriotismus. Ja, der Druck des Flugblattes ist sogar in der Vaterländischen Verlagsanstalt Berlin SW. 61 erzeugt worden. Wer aber macht nun eigentlich die mühselige Kleinarbeit, wenn 20 und 30 Pfg. weise die Beiträge alle 14 Tage einbezahlt werden können. Hierzu hat man, wie erzählt wird, die städtischen und ländlichen Sparkassen auserkoren. Gegen ein kleines Prozentchen sollen genannte Kassen die zeitraubende Arbeit übernehmen. Natürlich hätte das zur Folge, daß bei dieser enormen Mühe manche Kasse ein oder zwei Beamte mehr einstellen und für die „patriotische" Sache schwere Geldopfer bringen müßten, was des weiteren zur Folge hätte, daß die Sparkassenüberschüsse geschmälert würden und der Fehlbetrag durch erhöhte Ortsanlagen ersetzt werden müßte. Also letzten Endes müssen die Einleger der Volksversicherung ihren Gewinn wieder zum Teil als erhöhte Gemeindesteuern zurückgeben.

Man sieht der ganzen vaterländischen Sache an, daß sie nur der Angst vor den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie entsprang. Nur so weiter gemacht. Der denkende Arbeiter und jeder Menschenfreund weiß seit Jahrzehnten, daß nur die soziale Idee Not und Kapitalknechtschaft beseitigen kann.

## Gerichtszeitung.

### Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 6. Juli.

Nachmittagssitzung.

Um halb 4 Uhr wird die Verhandlung gegen den Tapezier Ludwig Metzger wegen

**Brandstiftung**

wieder aufgenommen. Inzwischen hat sich der Angeklagte eines besseren besonnen; er legt zu Beginn der Sitzung ein umfassendes Geständnis ab. Er erzählt, er sei am Abend des Brandes von Durlach nach Bruchsal gefahren, sei von Bruchsal nach Heidelsheim zu Fuß bis an sein Haus gegangen, sei hinein, habe sich überzeugt, daß auch niemand im Haus sei und habe dann im Speicher, wo er Seegras und Matratzenwolle lagern hatte, einen Kerzenstumpf ins Seegras gestellt, sodaß das Gras, wenn der Lichtstumpf abgebrannt war, Feuer fangen mußte. Vors.: Wie lange mußte es nach Ihrer Schätzung dauern, bis das Licht abgebrannt war? Angekl.: Eine starke Stunde. Der Angeklagte erzählt dann das folgende, wie es ihm heute vormittag vom Vorsitzenden vorgehalten wurde; nur sei das mit dem Frauenzimmer nicht wahr gewesen. Vors.: Was hat Sie nun veranlaßt und wann haben Sie den Entschluß gefaßt, Ihr Haus anzuzünden? Ist es so, wie die Anklage annimmt, daß Sie Ihren geschäftlichen Ruin vor Augen sahen und wollten Sie mit dem Versicherungsgeld Ihre Gläubiger befriedigen? Angekl.: Ja. Vors.: Warum haben Sie jetzt in der ganzen Voruntersuchung und heute vormittag diese Komödie aufgeführt? Angekl.: Ich glaubte mit dem Leugnen durchzukommen.

Es wird darauf eine kleine Pause gemacht, um über den weiteren Gang der Verhandlung zu beraten. Die Verteidigung verzichtet auf alle weiteren Beweise und auf alle Zeugen. Die Staatsanwaltschaft verzichtet ebenfalls auf den größten Teil der Zeugen.

Es werden darauf eine Reihe von Zeugen über Wahrnehmungen in der Brandnacht vernommen. Deren Aussagen decken sich mit den Angaben des Angeklagten. Der Chauffeur Hessel, der Metzger am Abend vor der Brandnacht gefahren hat, erzählt den Hergang der nächtlichen Fahrt. Als sie in Bretten einen Aufenthalt hatten, sei Metzger ¼ oder ½ Stunde weggewesen. Staatsanwalt Kuenzer: Angeklagter, wo waren Sie während dieser Zeit? Angeklagter: Darüber möchte ich keine Auskunft geben. — Der Gerichtsvollzieher berichtet über seine Beziehungen zu Metzger. In letzter Zeit mußte bei ihm oft gepfändet werden. Die Versteigerung der gepfändeten Sachen wurde aber jeweils noch im letzten Augenblick verhindert, indem Zahlung geleistet wurde. — Darauf wurde der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Barbo-Pforzheim zur Erstattung seines Gutachtens aufgerufen. Er hat den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht. Erblich ist der Angeklagte nicht belastet, dagegen erreicht er in Bezug auf Intelligenz kaum den Durchschnitt. Krankhafte Störungen der Geistestätigkeit waren nicht festzustellen; doch ist er ein hochgradig nervöser Mensch. Es kann angenommen werden, daß die Willensbestimmung durch die Nervosität im allgemeinen etwas herabgemindert wird. Der Verteidiger Dr. Straus richtet an den Sachverständigen die Frage, ob er es nach dem Verhalten des Angeklagten in heutiger Verhandlung nicht doch für geboten halte, ihn zur Beobachtung in eine Irrenanstalt einzuweisen. Dr. Barbo: Dazu liegt kein Anlaß vor. Rechtsanwalt Klinkowström: Herr Sachverständiger, schenken Sie dem heutigen Geständnis des Angeklagten vollen Glauben? Glauben Sie, daß er den Brand dadurch gelegt hat, daß er einen Kerzenstumpf ins Seegras gestellt hat? Dr. Barbo: Leider habe ich keine Erfahrungen im Brandlegen (Heitexleit), das kann so gewesen sein, es kann auch anders gewesen sein. Der Verteidiger R.-A. Dr. Straus stellt darauf den Antrag, eine Heidelberger und eine Freiburger Autorität zur Begutachtung des Geisteszustandes Metzgers zuzuziehen. Das Gericht lehnt den Antrag im Einverständnis mit den Geschworenen ab, mit der Begründung, daß eine weitere Begutachtung durchaus unnötig sei.

Darauf wird auf alle weitere Beweise verzichtet. An die Geschworenen wurde eine Schuldfrage nach Brandstiftung an einem Gebäude, das zur Wohnung von Menschen diente, und eine Schuldfrage nach Brandstiftung an einem Gebäude, das geeignet war, das Feuer einem mit Menschen bewohnten Gebäude mitzuteilen. Zur zweiten Frage war eine Frage nach mildernden Umständen gestellt.

Der Staatsanwalt beantragte in erster Linie, die erste Schuldfrage zu bejahen; im Falle der Bejahung der zweiten Frage aber, die Frage nach mildernden Umständen unbedingt zu verneinen. Die Verteidigung beantragte Bejahung der zweiten Schuldfrage und Bejahung der Frage nach mildernden Umständen.

Die Geschworenen fällten ihren Wahrspruch dem Antrag Verteidigung gemäß und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten, unter Einrechnung der dieser Tage von der Strafkammer erkannten fünfmonatigen Gefängnisstrafe, zu einer Gesamtstrafe von **3 Jahren 9 Monaten Gefängnis.** Dem Verurteilten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt. 2 Monate Untersuchungshaft gehen an der Strafe ab.

*

—t. **Brandstiftung.** Das Schwurgericht in Freiburg verhandelte am Montag in seiner ersten Sitzung gegen den 20jährigen Hofbauernsohn Josef Gremmelspacher aus Hinterstraße (A. Freiburg) wegen Brandstiftung. G. war auf einem Sägewerk bei St. Märgen als Heizer angestellt. Ueber Behandlung und Bezahlung hatte er nicht zu klagen, nur wurde er von dem Verlangen beherrscht, ein Handwerk erlernen zu wollen. Um nun von der Säge ohne weitere Formalitäten wegzukommen, setzte er dieselbe in Brand. Sein Vorhaben erreichte er erst bei der zweiten Brandstiftung, beidemale traf er sorgfältige Vorkehrungen zur Tat und zur Schaffung eines Alibibeweises. Als er das Feuer erstmals am Allerheiligentag legte, besuchte er vorher und nachher den katholischen Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Märgen. Das Schwurgericht verurteilte G. zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis.

—t. **Räuberische Erpressung.** Der 19jährige Italiener Amibala Tavanni hatte auf der Straße Emmendingen—Maleck im Walde einen zehnjährigen Knaben angefallen und ihm unter Todesdrohungen das Portemonnaie mit fast 9 Mk. abverlangt. Er erhielt vom Schwurgericht in Freiburg wegen räuberischer Erepressung 1½ Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

# Kommunalpolitik.

### Bürgerausschußsitzung in Forst.

e. **Forst**, 5. Juli. Letzten Mittwoch, abends 8 Uhr, fand hier eine Bürgerausschußsitzung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf „Abtretung von Gelände" an einen hiesigen Bürger, der an Stelle seines alten, teilweise nicht an der Straßenflucht gestandenen Hauses, ein neues Haus erstellte, das jedoch in der Straßenflucht liegen müßte. Das nötige Gelände wurde dem Bürger unentgeltlich überlassen. — Punkt 2 betraf einen „Geländetausch" zwischen der Gemeinde und einem Bürger. Die Gemeinde erstellt zurzeit einen Erweiterungsbau zum Rathaus und früheren Schulhaus, es sollen drei Lehrerwohnungen eingerichtet werden. Damit der Anbau an der Straßenflucht die entsprechende Länge bekomme, um zwei den Bestimmungen entsprechende Zimmer einbauen zu können, bedurfte die Gemeinde noch einiges Gelände von dem Anlieger an der Straße. Als Gegenleistung gibt die Gemeinde hinter gelegenes Gelände im doppelten Umfang des Hergegebenen; der Bürgerausschuß gewährte noch 20 Mk. Zuschuß. — Die Gemeinde wäre vielleicht besser gefahren, wenn sie das ganze Anwesen erworben hätte, denn schließlich muß sie es doch einmal kaufen und dann noch einmal „umbauen".

Als 3. Punkt stand „Schulgeldbefreiung" auf der Tagesordnung. Es braucht kaum betont zu werden, daß dieser Punkt nicht vom Gemeinderat aus auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Es wurde vielmehr ein Antrag mit Begründung eingereicht, unterzeichnet von Bürgerausschußmitgliedern der 3. Klasse unserer und der Zentrumsfraktion. Namens der sozialdemokratischen Fraktion begründete B.A.M. Gen. Spänle den Antrag, namens des Zentrums B.A.M. Endres. Merkwürdig ist das Verhalten des Hauptlehrers Zwilling vom Zentrum, der keine Freude an dem Antrag hatte. Der Herr Lehrer, der sehr oft als zweiter Bürgermeister in unserer Gemeinde angesehen wird, ist zwar kein entschiedener Gegner der Schulgeldbefreiung (das wäre ja auch unverständlich, ein Lehrer sollte es eigentlich für selbstverständlich finden, für Aufhebung des Schulgeldes einzutreten; in Kiel haben die Kollegen des Herrn Zwilling anders gesprochen. Der Berichterstatter.), er meinte, wenn das Schulgeld aufgehoben würde, dann hätte er weniger Arbeit bei der Veranlagung zu demselben (!!). Dann meinte der Herr aber, die Armen („Arbeiter" zu sagen, scheute er sich wohl. Der B.) würden ja sowieso vom Schulgeld befreit. Wenn das Schulgeld aufgehoben würde, dann steigen die Umlagen um ungefähr 3 Pf., auch sollte es in dem Antrag nicht heißen Schulgeldbefreiung, sondern Schulgeldabschaffung (o heiliger Bürokratius! D. B.). B.A.M. Sporn von derselben Fraktion erklärte „kraft seines Amtes", das er früher einmal inne hatte, daß er ganz bestimmt wisse, daß es fast immer Arbeiter seien, selten kleine Bauern, die kein Schulgeld bezahlen, auch sei zu befürchten, daß der Zuschuß, den die Gemeinde bis jetzt aus einem Fond zum Schulgeld erhalten habe, wegfallen würde. — Den Vogel schoß natürlich der Herr Bürgermeister Böser ab, der auch dieses Mal wieder aus seinem Herzen keine Mördergrube machte. Er wisse ganz genau, so führte er aus, daß zurzeit die Arbeiter in Forst mehr Einkommensteuer bezahlen wie die Landwirte (Warum? D. B.), es bestehe also keine Not (o heilige Einfalt!). Wenn es einmal für die Arbeiter schlechter werde, dann könnten ja die Besitzenden das Schulgeld tragen. Auch sei der Luxus zu groß, in Forst gäbe es Mädchen, die feiner gekleidet seien und schönere Hüte auf hätten wie die Frau Großherzogin (!!). Herr Endres glaubte sich hier durch Zwischenrufe bemerkbar machen zu müssen, er meinte, solche Mädchen seien „Fuchteln". Der Herr ist Arbeiter, ein eigener Fraktionskollege wies ihn aber mit der Bemerkung zurecht, daß deshalb die Mädchen, auch wenn sie sich besser kleiden, dennoch ganz anständig seien. Nach diesem Zwischenfall wurde über den Antrag abgestimmt. Er wurde gegen die Stimmen der 15 Antragsteller abgelehnt. Von letzteren fehlten zwei, der eine war verhindert, da er auswärts arbeitet, der andere aber konnte wahrscheinlich nicht anwesend sein aus — Charakterstärke. — Bemerkt sei noch, daß die Geschäftsleute und die Wirte, die Bürgerausschußmitglieder sind, fast alle fehlten. Die Arbeiter mögen sich das gut merken. — Punkt 4 betraf „Geländeankauf zu Bauplätzen". Der Gemeinderat wurde ermächtigt, einen Acker (eines Gemeinderats), dessen Gelände zu Bauplätzen vorgesehen ist, zu 80 Pf. den Quadratmeter anzukaufen. — Die Sitzung fand, da der Bürgerausschußsaal neu hergerichtet wird, im Zimmer des Grundbuchbeamten statt. Der Raum war viel zu klein, ein Teil der Mitglieder mußte auf dem Gang stehen. Hätte man die Sitzung nicht im neuen Schulhaus, wo große Säle sind, abhalten können?

### Die Thermalbohrungen in Heidelberg.

r. Nachdem die sei vorigem Jahre angestellten Tiefbohrungen auf eine Tiefe von etwa 500 Meter gebracht worden waren, stieß man endlich auf Wasser, und zudem noch auf Wasser mit Schwefelwasserstoff verbunden. Die Ausbeute beträgt bei schwachem Pumpen zirka 3 Sekundenliter, kann aber wohl auf zirka 8—10 Sekundenliter gebracht werden. Die Wasserwärme beträgt unten zirka 22½ Grad. Zum Aufsteigen bis 15 Meter unter Terrain braucht das Wasser zirka 2½ Stunden. Die sofort angestellten chemischen Untersuchungen ergaben ein relativ günstiges Mineralisationsergebnis. Der Stadtrat hörte in einer außerordentlichen Sitzung vom 6. Juli die Gutachter und entschloß sich auf deren einmütigen Beschluß die Bohrungen weiterzutreiben. In der Sitzung vom 7. l. Mts. beschloß der Stadtrat weiter, die noch restlichen 16 000 Mk. (von den bewilligten 100 000 Mark) zum sofortigen Weiterbohren zu verwenden und dem Bürgerausschuß weitere 50 000 Mk. anzufordern, sobald die Gutachten schriftlich vorliegen. Die Meinung aller Kenner konzentriert sich dahingehend, daß man mit dem erzielten Erfolg recht zufrieden sein kann.

---

* **Ungültige Gemeinderatswahl.** Aus Untergrombach (Amt Bruchsal) wird uns berichtet: Der hiesige Pfarrhof, der die Gemeindeämtchen am liebsten samt und sonders an die Firma Himmelheber u. Co. vergeben möchte, hat mit der letzten Gemeinderatswahl, bei der als Gemeinderäte die Pfarrhofkandidaten Gust. Schott I, Ant. Lindenfelser und Jos. Wolf III gewählt wurden, einen schmählichen Reinfall erlebt. Der Bezirksrat hat in seiner Sitzung vom 6. d. M. die Gemeinderatswahl wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten (falsche Abfassung des Wahlprotokolls) und wegen bestehender Schwägerschaft der Gemeinderäte Ant. Lindenfelser und Emil Lindenfelser einstimmig für ungültig erklärt. Es hat also Neuwahl stattzufinden, was hier allgemein mit Genugtuung begrüßt wird.

---

# Verbandstag der Buchdruckereihilfsarbeiter.

kr. Leipzig, 6. Juli.

Auf dem Gelände der Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik traten die Delegierten des sechsten Verbandstages der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter am Sonntag in der großen Vortragshalle zu einer wirkungsvollen Eröffnungsfeier zusammen. Die Verbandsvorsitzende Paula Thiede und der Bevollmächtigte von Leipzig, Schulze, wiesen in ihren Begrüßungsansprachen auf die kaum überstandene Krise hin und betonten, daß dieser Verbandstag mehr wie alle seine Vorgänger wichtige Arbeit zu leisten habe, die für die Fortentwicklung des Verbandes von allergrößter Bedeutung sei. Die vielseitige Bedeutung der Ausstellung fand entsprechende Würdigung.

Die Verhandlungen begannen am Montag morgen im Volkshaus. Als Vorsitzende werden Paula Thiede und Schulze-Leipzig gewählt. Erschienen sind 42 Delegierte. Die Generalkommission vertritt Knall-Berlin, den Verband der Buchdrucker Döblin-Berlin, den Buchbinderverband Harder-Berlin, die Organisation der Lithographen und Steindrucker Sillier-Berlin. Aus dem Ausland ist Mühlberger-Wien für den Senefelderbund und Nowack-Wien für den österreichischen Hilfsarbeiterverband erschienen. Bald nach Eintritt in die Tagesordnung wird beschlossen, die öffentliche Sitzung abzubrechen und die Berliner Differenzen in geschlossener Sitzung zu behandeln.

---

# Die Waggonfabrik H. Fuchs A.-G. in Heidelberg.

Vom Bund der technisch industriellen Beamten geht uns folgende Mitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung zu: Die Waggonfabrik H. Fuchs A.-G. in Heidelberg zählt zu ihren Arbeitgebern außer dem Badischen Staate vor allem auch sehr viele kommunale Verwaltungen und sollte deshalb als ein derartig von der Allgemeinheit abhängiges Unternehmen die Verpflichtung in sich fühlen, jenes Mindestmaß von sozialem Empfinden zu betätigen, das man von jedem Arbeitgeber erwarten kann. Leider häufen sich aber die Klagen darüber in der letzten Zeit recht bedenklich. Wie ungünstig die Verhältnisse liegen, beweist am besten die recht erhebliche Fluktuation unter den technischen Angestellten. In den letzten 10 Jahren sind bei einer durchschnittlichen Beschäftigungszahl von 20 Angestellten ungefähr 160 Ingenieure durch die Firma gegangen! Das bedeutet alljährlich beinahe eine völlige Neubesetzung der Stellen. Daß die Ingenieure der Firma gern wieder den Rücken kehren, kann man ihnen nicht übel nehmen, wenn Fälle bekannt werden, wie der, der sich in den letzten Wochen zugetragen hat. Ein technischer Angestellter war an einem Magenleiden ernstlich erkrankt und der Arzt, den er in Mannheim aufsuchte, hat ihm das in einem Attest bestätigt und ihn zunächst auf 14 Tage arbeitsunfähig geschrieben. Mit diesem Attest begnügte sich die Firma nicht, sondern verlangte, daß der betreffende Angestellte sich noch einmal von dem Vertrauensarzt der Firma untersuchen lassen solle. Sie gab dem Angestellten einen verschlossenen Brief an den Arzt mit, der folgendermaßen begann: **„Der Zeichner X.X. aus Mannheim steht bei uns im Kündigungsverhältnis und wie es in letzter Zeit bei den jungen Leuten üblich ist, hat er sich krank gemeldet (!!) —"** Leider hat der betreffende Arzt den Brief nur bis zu dieser Stelle vorgelesen, sodaß dessen weiterer Inhalt nicht bekannt ist. Der Anfang genügt aber und daß er seine Wirkung tat, geht daraus hervor, daß der Vertrauensarzt dem Angestellten erklärte, nachdem er das Attest seines Mannheimer Kollegen verlangt, aber nicht erhalten und deshalb sich telephonisch mit der Firma in Verbindung gesetzt hatte: **„Wenn Sie privat zu mir kämen, so könnte ich Sie auch arbeitsunfähig schreiben, aber so kann ich das nicht** (!) —" Auf Grund der Bescheinigung des Vertrauensarztes verlangte nun die Firma von dem Angestellten, daß er weiterarbeiten solle, andernfalls er sofort entlassen werde. Darauf erklärte der Angestellte: „Es tut mir leid, ich bin krank, ich kann nicht arbeiten, ich bitte dann um meine Entlassung." Die letzten übereilten Worte benutzte die Firma, um den Angestellten aufs Pflaster zu setzen; denn an sich war die Arbeitsverweigerung auf Grund der Krankheit berechtigt und hätte der Firma niemals Anlaß zur sofortigen Entlassung geben können. Der Fall steht nicht vereinzelt da. Auch sonst hat sich die Firma gerade in Krankheitsfällen außerordentlich rigoros benommen. Wir glauben diesen Fall einmal der Oeffentlichkeit unterbreiten zu müssen, weil es für die Gesamtheit der steuerzahlenden Bürger nicht gleichgültig sein kann, wie man in den Firmen, die von Staats- und kommunalen Aufträgen leben, mit dem Menschenmaterial umgeht. Den Namen des betreffenden Vertrauensarztes der Firma können wir aus dem Spiel lassen, zumal wir der großh. Aerztekammer in Karlsruhe den Fall zur Entscheidung unterbreitet haben.

---

# Aus dem Lande.

## Durlach

— **Unfall.** Dienstag vormittag wurde eine 76jähr. Witwe bei der Roggenstraße von einem Straßenbahnwagen umgefahren; sie erlitt starke Verletzungen am Hinterkopf. Den Wagenführer trifft keine Schuld, da die Frau unmittelbar vor dem Wagen das Gleis zu überschreiten versuchte.

## Offenburg.

— **Das Obererfatzgeschäft** für den Aushebungsbezirk Offenburg findet am 15. und 16. Juli jeweils vormittags 8 Uhr beginnend in der Wirtschaft zur „Michelhalle" hier statt.

— **Gewerkschaftskartell.** Auf die heute abend stattfindende Delegiertenversammlung mit wichtiger Tagesordnung u. a. Bericht von der Konferenz der Gewerkschaftskartelle Badens sei auch an dieser Stelle hingewiesen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

---

* **Durbach**, 7. Juli. Im Zinken Lautenbach brannte das Oekonomiegebäude des Hofbauern Franz Vollmer bis auf den Grund nieder. Mit knapper Not konnte das lebende Inventar in Sicherheit gebracht werden. Das Feuer fand in den aufgespeicherten Heuvorräten reichlich Nahrung. Ob das Feuer durch Selbstentzündung des gärenden Heues oder durch Brandstiftung entstanden ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden. Der Schaden des Abgebrannten ist teilweise durch Versicherung gedeckt.

* **Pforzheim**, 7. Juli. Am 2. d. M. hat sich Otto Edelmann von Oppenau, Emailfabrikant hier, unter Äußerung von Selbstmordabsichten aus seiner Wohnung entfernt. Er wird seither vermißt.

* **Mannheim**, 7. Juli. Seit Mittwoch abend wird der bei der Süddeutschen Bank hier beschäftigte Bankbeamte Friedrich Cahn vermißt. Es ist anzunehmen, daß ihm ein Unfall zugestoßen ist.

**Eckartsweier** (Amt Kehl), 7. Juli. Im Anwesen des Jakob Lutz II brach heute vormittag ein Brand aus, wodurch das Oekonomiegebäude vollständig zerstört und das Wohnhaus teilweise beschädigt wurde. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* **Konstanz**, 7. Juli. Hauptmann Karl Krüger der 11. Kompagnie des hiesigen Infanterieregiments Kaiser Friedrich 114 hat sich in seiner Wohnung mit dem Dienstrevolver erschossen.

---

### Ein Aufsehen erregender Bestechungsversuch.

Vom Deutschen Bauarbeiterverband (Zweigverein Freiburg i. B.) wird uns geschrieben: In hiesigen Arbeitgeberkreisen des Baugewerbes wie auch in Arbeitnehmerkreisen wird ein Vorkommnis, welches sich in vergangener Woche hier ereignete, sehr lebhaft besprochen. Schon seit einigen Jahren herrscht im Baugewerbe allgemein und besonders im Freiburger Baugewerbe eine wirtschaftliche Krise, die so weit um sich gegriffen hat, daß verschiedene Freiburger Baugeschäfte trotz aller aufgewendeten Mühe schon längere Zeit keine Arbeit mehr bekamen und ihren Betrieb fast still legen mußten. Es wurde deshalb in Arbeitgeberkreisen lebhaft begrüßt, als durch die Annahme der Militärvorlage einige Kasernenbauten für Freiburg abfielen, welche geeignet waren, das Freiburger Baugewerbe wieder etwas zu befruchten. Aber trotz der Erklärung, welche die Regierung im Reichstage abgegeben hat, daß bei Ausführung der Arbeiten tunlichst das einheimische Gewerbe berücksichtigt werden soll, wurde ein Teil der Kasernenbauten einer auswärtigen Firma übertragen.

Diese Tatsache erregte im Freiburger Baugewerbe allgemeines Kopfschütteln und man warf die Frage auf, wie ist es möglich, daß fremde Firmen besser arbeiten können, als einheimische. Die Arbeitgeber waren deshalb bestrebt, die Ursachen dieser billigen Arbeitsmethode zu ergründen, und wurden hierin vom Deutschen Bauarbeiterverband auf das weitgehendste unterstützt. Es wurde festgestellt, daß die auswärtige Firma durch Umgehung der Submissionsbestimmungen trotz ihres billigen Angebotes noch ein schönes Stück Geld verdienen konnte. Durch die Aufdeckung dieser mit der Baukunst im krassen Gegensatz stehenden Verstöße wurde dann auch erreicht, daß die betr. Firma bei der Funkerkaserne von der Militärbauverwaltung ausgeschaltet und die Ausführungen der Grab-, Beton- und Maurerarbeiten der hiesigen Firma Gebr. Staiger übertragen wurden.

Mit dieser Firma ist aber das Miltärbauamt vom Regen in die Traufe geraten, denn kaum waren die Arbeiten begonnen, wurden sie plötzlich am vorigen Freitag mittag 2 Uhr auf Veranlassung der Militärbaubehörde wieder eingestellt. Die dort beschäftigten Bauarbeiter wurden plötzlich entlassen, was bei allen allgemeine Entrüstung ausgelöst hat. Diese Entrüstung war umsomehr berechtigt, wenn man bedenkt, daß es einem Bauarbeiter nicht leicht möglich ist, am Freitag mittag und am Samstag noch irgendwo Arbeit zu erhalten, und er dann eine Lohneinbuße von 6—8 Mk. in der betr. Woche erleidet. Die Geschäftsleitung des Bauarbeiterverbandes war deshalb bestrebt, die Ursachen der plötzlichen Arbeitseinstellung zu erforschen, und es ist ihr dies auch vollständig gelungen.

Die Firma Gebr. Staiger (Herr Staiger Seniorchef ist auch Stadtrat) hat wohl nachträglich eingesehen, daß sie die Arbeiten zu billig übernommen hat und wollte die Mängel ihres Angebots dadurch ausgleichen, daß sie versuchte, die Militärbehörde mit einem — Tausendmarkschein zu bestechen. Wäre ihr dies Kunststück gelungen, dann hätte sich wohl die Baubehörde mit Leib und Seele der Firma ausgeliefert, und der Staat wäre offenbar derjenige Faktor, welcher die Bestechungssumme mit Zins und Zinseszinsen auf die bekannte Art wieder hätte ersetzen müssen. Durch diesen plumpen Schwindel ist aber nicht nur die Firma Staiger, sondern das gesamte Freiburger Baugewerbe blamiert. Es wird deshalb Aufgabe der Bauunternehmer sein, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und sich der Oeffentlichkeit gegenüber zu äußern.

Aber auch der Freiburger Stadtrat war bei der Verdrängung der auswärtigen Firmen stark engagiert und hat hierwegen mit dem Kriegsministerium Verhandlungen gepflogen, welche unseres Wissens viel dazu beigetragen haben, daß die Arbeiten dem einheimischen Gewerbe übertragen wurden. Als Dank dafür darf sich der Stadtrat in die Blamage teilen. Zum Schlusse muß aber noch eine andere Frage aufgeworfen werden: Was sagt der Freiburger Stadtrat dazu, wenn eins seiner Mitglieder derart bloßgestellt wird?

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Freiburg.
H. Füg.

---

# Neues vom Tage.

### Eine törichte Wette.

**Stuttgart**, 7. Juli. In einem Dorfe des württembergischen Donaukreises bei Biberach kam es zwischen einer Anzahl junger Burschen wegen der Lebensgefährlichkeit von Starkstromleitungen der neuen Ueberlandzentrale zu Meinungsverschiedenheiten. Es wurde eine Wette um 1 Mk. eingegangen, wonach sich die streitenden Burschen anheischig machten, einen der Starkstrommasten zu besteigen und den Leitungsdraht zu berühren. Zwei Burschen reichten sich die Hände. Beim Berühren der Leitung, die einen Strom von 60 000 Volt führt, wurde ein Bursche sofort getötet, der andere erlitt schwere Verbrennungen und stürzte herab. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

### Unwetter in Italien.

**Rom**, 5. Juli. Gestern ist über ganz Italien ein furchtbares Unwetter niedergegangen, das zum Teil schweren Schaden anrichtet. In Erbo wurden drei Personen vom Blitz getroffen und getötet. In Venedig schlug ein Blitz in eine Gondel, die sofort sank und die darin befindlichen drei Insassen mit sich in die Tiefe zog.

### Wassereinbruch im Simplontunnel.

**Mailand**, 7. Juli. Der jüngste Wassereinbruch im Simplontunnel hat sich heute in verstärktem Maße wiederholt. Der von Brig abgegangene Personenzug wurde heute früh 6½ Uhr plötzlich bei Kilometer 17 mitten im Tunnel angehalten. Eine riesige Wassermenge hatte die Schienen und Schwellen aufgerissen und die Tunnelsohle wurde, wie sich ergab, um etwa 40 Zentimeter gehoben. Die Lokomotive entgleiste und der Postwagen und die folgenden Wagen legten sich quer über die Lokomotive, wodurch der Wasserabfluß gesperrt wurde. Die Panik, die unter den aus dem Schlafe aufgeschreckten Reisenden ausbrach, war ungeheuer, zumal völlige Dunkelheit herrschte. Unter den größten Anstrengungen wurden die Reisenden auf den Schultern von Arbeitern bis zum Südportal bei Iselle getragen. Man glaubt, daß die Ursache des Wassereinbruchs in dem bereits im Bau begriffenen zweiten Tunnel zu suchen ist. Der Verkehr durch den Simplontunnel wurde eingestellt und die Züge werden über die Gotthardlinie geleitet.

### Ein Giftmörder à la Hopf.

**Paris**, 7. Juli. Eine mysteriöse Affäre nach dem Muster des Frankfurter Giftmörders Hopf beschäftigt augenblicklich die Polizeibehörde von Toulouse. Ein angesehener Apotheker namens Edmond Ochs, der seit 20 Jahren in einem Vororte von Toulouse lebt, wurde plötzlich unter dem dringenden Verdachte verhaftet, seine Mutter, seine erste und seine zweite Frau und eines seiner Kinder vergiftet zu haben. Die ungeheuerlichen Verbrechen sollen jetzt durch einen entlassenen Angestellten verraten worden sein. Der Mann heiratete zum erstenmale im Jahre 1895 und verlor seine Gattin drei Jahre später. Im selben Jahre starb auch seine Mutter und ein Jahr später sein Kind aus erster Ehe. 1900 heiratete er zum zweitenmale, und diese Frau starb im Jahre 1907. Die dritte Heirat ging er im Jahre 1911 ein, und die jetzige Frau hatte häufig Krankheitsanfälle zu überstehen. Aehnlich wie Hopf hatte der Mann seine Frauen bei Versicherungsgesellschaften mit beträchtlichen Summen versichert.

### Sechzehn Arbeiter ertrunken.

**Jekaterinoslaw**, 6. Juli. In der durch Wolkenbrüche überschwemmten Charlovska-Grube sind sechzehn Arbeiter ertrunken.

### Fliegerunfall.

**Saumur**, 6. Juli. Als der Flieger Legagneux heute nachmittag über der Stadt einen großen Schleifenflug machte, stürzte er mit seinem Flugzeug in die Loire. Herbeieilende Seeleute konnten ihn erst nach 25 Minuten ans Land bringen. Er war bewußtlos, denn ihm waren beide Beine gebrochen und die Brust eingedrückt. Er starb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

# Bürgerausschuß-Sitzung in Karlsruhe.

Sehr rasch, im Verhältnis zu der Sitzung vor 8 Tagen, arbeitete gestern der Bürgerausschuß. In 2½ Stunden erledigte er die in der vorhergehenden Sitzung unerledigt gebliebenen 13 Vorlagen und eine weiter ihm zugegangene Vorlage über den Ankauf der Rüppurrer Mühlen. Allerdings war diese rasche Arbeit, bei der es sich außer der Vorlage über den Vergleich mit Knielingen meist nur um Straßenherstellungen, Gelände An- und Verkäufe handelte, nur möglich, weil durch ein feiges Manöver der liberalen Mehrheit die wichtigste Vorlage des Tages, Errichtung einer Milchzentrale nicht zur Beratung gelangte, sondern auf Antrag der Liberalen zu weiterer „Behandlung" an eine „gemischte Kommission" verwiesen wurde. Auf die Gefahr hin, daß die liberalen Herrschaften wiederum Entrüstung heucheln, sei nochmals festgestellt, wie es unsere Genossen schon gestern im Bürgerausschuß taten, daß dieser Antrag der Fortschrittler und Nationalliberalen, die Vorlage an eine gemischte Kommission zu verweisen, nur den einen Zweck hatte, die Vorlage zu verschleppen, wenn nicht ganz verschwinden zu lassen. Man weiß ja zu genau, daß diese Leute keine einzige Frage, und sei sie noch so wichtig, nach programmatischen Grundsätzen, von prinzipiellen Gesichtspunkten aus behandeln. Für sie heißt es immer erst: Was wird diese und jene Wählergruppe zu unserer eventuellen Stellungnahme sagen. Und auf jene Seite fallen sie dann um, auf der das beste Wahlgeschäft winkt. Gestern wußten sie noch nicht, wo sie hinfallen sollen, deshalb fanden sie den schlauen Ausweg auf Verweisung an eine Kommission. Das Zentrum war da ehrlicher, der Sprecher desselben erklärte, daß seine Fraktion gegen die Ueberweisung in eine Kommission sei; wie wir hören, wollte es die Vorlage ablehnen. Allerdings bei der Abstimmung wußten auch die Herren vom Zentrum nicht mehr, was sie machen sollten. Die Liberalen boten dagegen mit ihren Ausreden und ihrem gut geheuchelten Entrüstungsdonner ein klägliches Bild. Wie immer, wenn es gilt, die öffentliche Aufmerksamkeit von der eigenen Feigheit und Grundsatzlosigkeit abzulenken, versuchten sie mit Angriffen auf die Sozialdemokratie ihre eigenen Heldentaten zu verdecken. In gewaltiger Entrüstung wandten sie sich gegen den Gen. Hipp, der klar und deutlich den Antrag der Liberalen als das bezeichnet hatte, was er in Wirklichkeit auch war, ein Verschleppungsmanöver, ein Versuch die Vorlage überhaupt verschwinden zu lassen.

Die so schlecht gespielte Entrüstungskomödie, der noch Gen. Sauer einen kräftigen Dämpfer aufsetzte, sodaß selbst Herr Rebmann ganz kleinlaut wurde, dieses liberale Eintreten für die angeblich brotlos werdenden Milchhändler muß für Jedermann lächerlich wirken, der weiß, daß gerade in der Reihe der Liberalen die größten Scharfmacher sitzen, die rücksichtslos Tag für Tag, wenn es im Interesse ihres Profits liegt, die Arbeiter auf die Straße werfen, sie brotlos und existenzlos machen. Und nun soll man den Herren glauben, daß sie es mit ihrem Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission ehrlich meinen. Wo Herr Heinsheimer am Abend vorher selbst erklärte, daß die Nationalliberalen die Vorlage ablehnen würden. Das wäre doch etwas zu viel verlangt. Die Herren mögen sich aber drehen und winden wie sie wollen, es bleibt dabei, sie haben in einer für die Entwicklung der kommunalen Lebensmittelversorgung im Interesse der Allgemeinheit ungemein wichtigen Frage wieder einmal versagt, weil sie in ihrer Grundsatzlosigkeit um einiger Wählerstimmen willen sich einem unzweifelhaften Fortschritt auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung entgegenstellten. Es wird Aufgabe unserer Genossen in der „gemischten Kommission" sein, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Vorlage möglichst bald wieder und möglichst unverschlechtert — daß etwas verbessert daran wird, wagen wir nicht zu glauben — an den Bürgerausschuß zurück gelangt.

*

Oberbürgermeister **Siegrist** eröffnet um 3¼ Uhr die Sitzung bei Anwesenheit von 77 Mitgliedern.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

**1. Die Pflasterung mehrerer Straßen.**

Eine Anzahl Straßenstrecken, der Kriegsstraße, Rastatterstraße, Schillerstraße, Sofienstraße, Jollystraße, Kurvenstraße, Hirschstraße, Douglasstraße und Leopoldstraße sollen mit fester Deckung, teils mit Stampfasphalt, Granit-, Schlacken- oder Kleinpflaster, versehen werden. Aufwand 631 246 Mk.

Bürgermeister Dr. **Paul** begründet kurz die Vorlage. Die Stadt habe in diesem Jahre über 1 Million Mark für die Anlage fester Deckung der Straßen ausgegeben. Die Stadt war also im Rückstand. — Ein Antrag der nationalliberalen Fraktion verlangte die Pflasterung der Sofienstraße mit Granit abzulehnen. — Bgmstr. Dr. **Paul** begründet, warum der Stadtrat die Pflasterung mit Granit vorschlage. Die Gründe, die für Asphaltierung vorgeschlagen werden, seien für diese Straße nicht stichhaltig. Straßen von dieser Größe und Bedeutung werden am besten mit Granit gepflastert. — Stadtv. **Bechtel** empfiehlt die Annahme der Vorlage namens des Stadtverordnetenvorstandes, mit Ausnahme der Anforderung für die Granitpflasterung der Sofienstraße. Der Stadtv.-Vorstand stehe auf dem Standpunkt, solch eine bedeutende Straße mit Schall dämpfender Deckung zu versehen, auch wisse man noch nicht, wie die Profilierung der Straße bei zunehmendem Verkehr werde. — Stadtv. **Weinschenk** begründet den nationalliberalen Antrag. Er weist hauptsächlich auf den Lärm, der bei Granitpflaster entstehe, hin. — Stadtv. **Edelmann** regt eine Verbreiterung der Jolly- und Kurvenstraße an.

Stadtv. **Wüstner**

lehnt namens der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag der nationalliberalen Fraktion ab. Die Instandhaltung bei Asphalt sei zu kostspielig, auch werde der Verkehr dort mit der Zeit noch viel stärker, sodaß nur Granit in Betracht kommen könne. — Stadtv. **Fischer** weist darauf hin, daß die Pflasterstraßen sich gut bewährt hätten und man bei diesem System bleiben solle. Auch Asphalt sei nicht ideal, wenn es nicht so oft wie möglich begossen werden könne. Auch möge die Rastatterstraße so rasch wie möglich hergestellt werden. — Stadtbaurat **Blum-Reff** bittet um Annahme des Antrags des Stadtrats. Schotterdecke würde auf keinen Fall genügen. Es sei gar nicht daran zu denken, daß das Profil je eine Aenderung erfahren werde. Auch im Interesse der Gesundheit sei es nötig, die Schotterdecke zu beseitigen. — Stadtv. **Moninger** bittet, das Pflaster, das so viel Lärm verursache, zu beseitigen. — Bgmstr. Dr. **Paul** stellt fest, daß die Stadt 500 Mk. jährlich spare bei Pflasterung mit Granit, statt mit Makadam. Man würde einen Luxus treiben bei Asphaltierung, wie sie keine Stadt treibe. Zur Verbreiterung der Jolly- und Körnerstraße liege kein Anlaß vor. —

Es wird nun abgestimmt und zwar getrennt. Die Anträge des Stadtrats betreffend aller Straßen mit Ausnahme der Sofienstraße, werden einstimmig angenommen. Die Anträge des Stadtrats werden einstimmig angenommen. Der nationalliberale Antrag wird abgelehnt.

**2. Pflasterung der Karl-Wilhelmstraße.**

Die Straße soll mit einem Aufwand von 255 400 Mk. mit fester Deckung versehen werden.

Bgmstr. Dr. **Paul** und Stadtv.-Obmann **Frey** empfehlen die Annahme der Vorlage. — Stadtv. **Weiland** weist darauf hin, daß bei dieser Straße dieselben Voraussetzungen gegeben wären wie bei der vorhergehenden Vorlage, es sei deshalb inkonsequent, diese Straße anders zu behandeln wie die Sofienstraße.

Die Vorlage wird gegen wenige Stimmen angenommen.

**3. Herstellung der Gartenstraße zwischen Kriegs- und Devrientstraße.**

Die Gartenstraße soll auf der Strecke zwischen Kriegs- und Devrientstraße mit Kanalisation, Gas-, Wasser- und Stromleitung versehen und mit Granit gepflastert werden. Aufwand 192 700 Mk.

Bgmstr. Dr. **Paul** gibt einen Antrag der nationallib. Fraktion bekannt, der die Fahrbahn zwischen den Schienengleisen mit Granit gedeckt wissen will, das übrige mit Asphalt. — Stadtv. **Schwall** befürwortet namens des Stadtv.-Vorstandes die Vorlage mit der Abänderung, wie sie der Antrag der nationalliberalen Fraktion vorschlage. — Stadtv. **Moninger** und Stadtv. **Oberle** treten für Asphalt ein. — Stadtv. **Hermann** ist prinzipiell dafür, daß innerhalb der Stadt alle Straßen mit Asphalt gedeckt werden sollen. — Stadtv. **Bechtel** stellt fest, daß die nationalliberale Partei bei der Deckung der Kaiserstraße für Asphalt gestimmt habe, aber überstimmt worden sei. — O.-B. **Siegrist** bittet, keine Systemlosigkeit einreißen zu lassen. — Nach weiteren Bemerkungen des Stadtv. **Stöckle**, Bgmstr. Dr. **Paul**, wird zur Abstimmung geschritten.

Es wird zuerst über den Abänderungsantrag abgestimmt — zwischen den Gleisen Granit und rechts und links Asphalt —. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Der Stadtrat muß nun noch Stellung nehmen zu der Vorlage. Die folgenden Positionen der stadträtlichen Vorlage werden sodann einstimmig angenommen.

**4. Vergleich mit der Gemeinde Knielingen über Entschädigung für Gemarkungsabtretung.**

Es handelt sich um die nunmehrige Einigung zwischen den Gemeinden Karlsruhe und Knielingen wegen des bei Anlage des Rheinhafens durch die Stadt Karlsruhe von der Gemeinde Knielingen übernommenen Geländes. Die Stadt Karlsruhe zahlt an die Gemeinde Knielingen 80 000 Mk. und verpflichtet sich weiter, elektrische Energie zur Versorgung der Einwohner Knielingens nach Knielingen zu leiten und daselbst ein Ortsnetz zu erstellen, sowie ferner bis 1. Juli 1915 die elektrische Nebenbahn der Linie der Rheinstraße auf der Knielinger Landstraße bis in die Höhe des Bahnhofs Knielingen durchzuführen und in Betrieb zu nehmen.

O.-B. **Siegrist** verweist auf die schriftliche Begründung. — Stadtv. **Bechtel** empfiehlt Annahme namens des Stadtv.-Vorstandes. Die Opfer der Stadt seien zu groß, allein die Stadt werde sicher auch Nutzen haben. Der Stadtv.-Vorstand sei auch der Ansicht, daß die Bahn bald nach Maxau durchgeführt werde.

Stadtv. **Rastetter**

erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu der Vorlage. Knielingen stelle zwar hohe Anforderungen, auch verlange es Entschädigung, wenn der eine oder andere Wunsch nicht erfüllt werde. Man sehe daraus, daß die Knielinger mißtrauisch geworden sind, sie haben offenbar an die Erfahrungen Daxlandens gedacht. Man muß die Frage auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachten. Das Kabelnetz werde ausgebaut und besser ausgenützt. Die Straßenbahn ist eine Notwendigkeit, denn Knielingen wurde durch die Verlegung des Bahnhofs besonders schwer geschädigt, die Arbeiter müssen zurzeit oft Geld für zwei Wochenkarten ausgeben. Auch sei nötig, die Bahn nach Maxau bald zu bauen. Weiter regt Redner an, die letzten Dienstag beschlossene Bahn nach Daxlanden möglichst rasch zu bauen, damit nicht Knielingen eine Verbindung eher erhalte wie das eingemeindete Daxlanden.

O.-B. **Siegrist** erklärt, daß der Stadtrat auch den Wunsch habe, die Straßenbahn nach Daxlanden vor der Bahn nach Knielingen fertig zu bekommen. Das Gesuch um Konzession sei bei der Regierung eingereicht.. — Stadtv. **Moninger** spricht für die Vorlage namens der nationalliberalen Fraktion und wünscht ebenfalls die Weiterführung nach Maxau. — Stadtv. **A. Schneider** meint, die Stadt habe gegenüber Knielingen nobel gehandelt. Es sollten dafür die Wege, die mit der Gemarkung damals an die Stadt übergingen und von der Stadt unterhalten werden müssen, aber noch der Gemeinde Knielingen gehören, grundbuchmäßig als Eigentum der Stadt eingetragen werden. Das Zentrum stelle diesen Antrag. — O.-B. **Siegrist** hält es für wünschenswert, wenn Knielingen das Wegeigentum an die Stadt Karlsruhe abtreten würde, da der Ort ja kein Interesse mehr an den Wegen habe. Der Stadtrat könne die Annahme des Antrags nur begrüßen. — Stadtv. **Weber** bittet ebenfalls um Annahme des Antrages. Der Antrag des Zentrums wird sodann einstimmig angenommen. Die Gesamtvorlage wird sodann einstimmig angenommen.

**5. Herstellung der Straße „Am Festplatz" und der Mathystraße zwischen Ritter- und Karlstraße.**

Die Eigentümer der an die Straßen angrenzenden Grundstücke sollen zu den Straßenkosten herangezogen werden nach den allgemeinen Grundsätzen über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten. Jedoch sollen die Beträge der Anlieger bei unbebauten Grundstücken erst im Fall der Ueberbauung fällig werden.

Die Vorlage wird ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen.

**6. Herstellung von Straßen im Weiheräckergebiet.**

Auch hier sollen die Eigentümer der an die dortigen Straßen angrenzenden Grundstücke zum Ersatz der Straßenkosten herangezogen werden.

Auch diese Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

**7. Ankauf des Anwesens Hardtstraße Nr. 7.**

Das Grundstück wurde der Stadtgemeinde zum Ankauf angeboten; es liegt neben dem Gelände der städtischen Volksschule in Mühlburg, sein Ankauf ist also durch die dadurch geschaffene Möglichkeit der Erweiterung der Schulanlagen gerechtfertigt. Der Preis beträgt 41 360 Mk.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

**8. Verkauf der Grundstücke Lgb. Nr. 4769a und 5126b, Ecke Hardt- und Kanonierstraße, an den Reichs-(Militär-)Fiskus.**

Die Militärverwaltung beabsichtigt, an der Hardtstraße zwischen der Moltke- und Kanonierstraße eine Speiseanstalt für das Offizierskorps des Artillerieregiments Nr. 50 zu errichten. Den vom Ministerium ursprünglich gestellten Antrag, die Grundstücke mit Rücksicht auf die Vorteile, die der Stadt Karlsruhe aus der großen Verstärkung auch der hiesigen Garnison erwachsen, unentgeltlich zu übereignen, hat der Stadtrat abgelehnt. Der Verkaufspreis beträgt 11 880 Mk.

O.-B. **Siegrist** begründet die Vorlage. Die Militärbehörde habe der Stadt Gelände an der Kapellenstraße zu günstigen Bedingungen verkauft. Man solle unter der Voraussetzung zustimmen, daß diesem Geländeverkauf vom Kriegsminister zugestimmt werde.

Stadtv. **Sauer**

empfiehlt Annahme der Vorlage. Die Militärverwaltung habe Entgegenkommen gezeigt bei Hergabe von Gelände an der Kapellenstraße. Nachdem aber die Verhandlungen darüber noch nicht beendigt seien, solle man unter dem Vorbehalt zustimmen, daß der Verkauf jenes Geländes zustande komme. — Stadtv. **Herrmann** und **Schneider** stimmen ebenfalls zu.

Der Antrag wird sodann mit dem Vorbehalt des Oberbürgermeisters und des Stadtv.-Vorstandes einstimmig angenommen.

**9. Herstellung der Lerchenstraße zwischen der Rheinstraße und der Nordgrenze des Grundstücks Lgb. Nr. 5061d.**

Der genannte Teil der Straße soll ortsplanmäßig hergestellt, mit Gas-, Wasser- und Stromleitung versehen werden. Aufwand 10 730 Mk.

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

**10. Der Bau einer Turnhalle und einer Spritzenremise beim Schulhaus im Stadtteil Rintheim.**

Der Stadtteil Rintheim ist der einzige eingemeindete Vorort, dessen Volksschulabteilung (mit zurzeit 465 Schüler) noch keine Turnhalle besitzt. Der Bau einer Turnhalle wurde bei der im Jahre 1912 vorgenommenen Erweiterung des Schulhauses in Erwägung gezogen, es wurde aber, um die Bauarbeiten nicht zu verzögern, von einer sofortigen Vorlage eines Projektes für eine Turnhalle abgesehen. Das Hochbauamt hat nunmehr ein Projekt für den Bau einer Turnhalle und einer Spritzenremise ausgearbeitet. Der Aufwand beträgt für die Turnhalle 48 600 Mk. und für die Spritzenremise 5200 Mk.

Bgmstr. Dr. **Kleinschmidt** begründet die Vorlage und empfiehlt deren Annahme, ebenso Stadtv. **Sauer** namens des Stadtv.-Vorstandes.

Stadtv. **Wörner**

hätte gewünscht, daß die Ausführung des Baues nicht so lange auf sich hätte warten lassen, wie es nun geschehen sei. Die gegenwärtige Remise für die Feuerwehr sei nun überflüssig, das Gebäude hierfür sei ein Verkehrshindernis, er bitte dasselbe zu beseitigen. Die sozialdemokratische Fraktion stimme der Vorlage zu. — Stadtv. **Erb** befürwortet ebenfalls letztere Anregung betr. Beseitigung des alten Rathauses. — Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

**11. Errichtung einer Milchzentrale.**

Die Gründung ist so gedacht, daß die Stadt sich durch eine Uebernahme von Anteilscheinen im Betrag von 39 000 Mk. an einer G. m. b. H. beteiligt, der zu gründenden Gesellschaft ein Darlehen von 25 000 Mk. verzinslich zu 4½ Prozent und rückzahlbar nach zehn Jahren gewährt, ferner das frühere Anwesen des Lebensbedürfnisvereins, Zähringerstraße 45/47, dessen bauliche Veränderungen sich auf 53 000 Mk. belaufen werden, zur Verfügung stellt und schließlich den Gesamtaufwand von 39 000 + 25 000 + 53 000 Mk. aus Anlehensmitteln bestreitet unter Offenhaltung des Kredits bis Ende 1915. An der Gesellschaft werden sich beteiligen: die Stadt, der Lebensbedürfnisverein, die Süddeutsche Diskontogesellschaft, das Bankhaus A. Seligmann u. Cie. und das Gewerkschaftskartell Karlsruhe. Das Stammkapital wird 75 000 Mk. betragen, wovon auf das Gewerkschaftskartell 1000 Mk. entfallen. Hauptbeteiligter ist die Stadt, zweiter der Lebensbedürfnisverein. Der Reingewinn soll mit 10 Prozent zunächst einem Reservefonds zugewiesen werden, bis er den dritten Teil des Stammkapitals erreicht. Für hervorragende gute Milchlieferungen sollen Prämien ausgesetzt werden. Geschäftsführer und Angestellte erhalten vertraglich festgesetzte Tantiemen. Der Rest des Reingewinns soll unter die Gesellschaft nach Verhältnis ihrer Stammanteile verteilt werden.

Der geschäftsleitende Vorstand stellt den Antrag auf Vertagung der Vorlage. Stadtv. **Helbing** begründet den Antrag, Es seien Bedenken laut geworden. Die Frage sei noch nicht genügend geklärt. Die Vorlage solle an eine gemischte Kommission verwiesen werden. O.-B. **Siegrist** stimmt diesem Vorschlage zu.

Stadtv. **Hipp**

spricht gegen diesen Antrag. Eine Verweisung an eine Kommission bedeute eine Verweisung auf Nimmerwiedersehen. Für uns ist die Frage geklärt. Schon jahrelang habe man sich mit der Frage der Milchversorgung beschäftigt. Wenn die bürgerlichen Vertreter heute ablehnen wollen, so deshalb, weil sie nach dem Protest von gestern Angst bekommen haben. Wir haben das Interesse der Karlsruher Bevölkerung im Auge und in diesem Interesse liegt es, eine einwandfreie Lebensmittelversorgung für die Stadt zu beschaffen. — Stadtv. **Baschang** tritt ebenfalls für Ueberweisung an eine Kommission ein. — Stadt. **Rebmann** tritt ebenfalls für Ueberweisung an eine Kommission ein. — Stadtv. **Strobel** bittet, die Vorlage nicht abzusetzen, sondern heute zu beraten.

Stadtv. **Sauer**

stellt fest, daß für die Nationalliberalen kein Anlaß bestehe, sich zu entrüsten, wenn Stadtv. Hipp gesagt habe, mit der Verweisung an eine Kommission sei eine Verweisung auf Nimmerwiedersehen beabsichtigt, denn in der Versammlung der Milchhändler habe man von nationalliberaler Seite erklärt, daß die nationalliberale Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde. Das werde doch nur bestätigt, wenn man die Vorlage in eine Kommission bringen wolle. — Stadtv. **Rückert** nagelt ebenfalls das Verhalten der Liberalen fest. — Stadtv. **Rebmann** versucht nochmals den Vorwurf zurückzuweisen, die Nationalliberalen beabsichtigen eine Verschwindenlassen der Vorlage. — Stadtv. **Hof** weist die Bemerkungen des Stadtv. Baschang zurück, der einige hämische Bemerkungen gegenüber der Sozialdemokratie gemacht hatte. — Es sprechen weiter Stadtv. **Frühauf** und der O.-B. Siegrist für Ueberweisung an eine Kommission. O.-B. **Siegrist** weist weiter eine Aeußerung in der Milchhändlerversammlung zurück, die Vorlage einer Milchzentrale gehe von einer Interessentengruppe aus. Dieser Vorwurf sei aus der Luft gegriffen.

Stadtv. **Hipp**

weist den Vorwurf zurück, die Sozialdemokratie würde sich anders verhalten, wenn es sich um Entlassung von 300 Arbeitern handle. Es handle sich doch hier um etwas ganz anderes wie um die Schließung eines Betriebes. Die Händler könnten ja bei der Milchzentrale ihr Auskommen finden.

Stadtrat **Philipp**

regt an, die Vorlage nicht an eine Kommission zu verweisen, sondern den Bürgerausschußmitgliedern das Gutachten des Direktors Beyersdörfer zuzustellen und dann in einer der nächsten Sitzungen die Sache zu behandeln.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Antrag auf Verweisung an eine gemischte Kommission wird angenommen.

**12. Ankauf von Grundstücken im Gewann Oberfeld.**

Die zu erwerbenden Grundstücke liegen in dem von der Alb umgrenzten Gebiet südwestlich des Stadtteils Mühlburg zwischen Grünwinkel und dem städtischen Rheinhafen, das als Industriegelände erschlossen werden soll. Der größte Teil dieses Geländes gehört jetzt schon der Stdtgemeinde Karlsruhe. Der Aufwand beträgt 42 668 Mk.

Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

**13. Erweiterung der Betriebseinrichtungen im Rheinhafen.**

Es werden für die Erweiterung der Betriebseinrichtungen im Rheinhafen, insbesondere des Kabelnetzes, der Beleuchtungsanlagen und sonstiger maschineller Anlagen, ferner der Gleise und Straßen, der Wasserleitung und anderer ähnlicher Herstellungen zu dem bereits früher bewilligten Betrag von 60 000 Mark weitere 60 000 Mk. angefordert.

Die Vorlage wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

**14. Ankauf der Rüppurrer Mühlen.**

Schon seit längeren Jahren ist die Stadtverwaltung bestrebt, das freie Verfügungsrecht der Stadtgemeinde über die in der Gemarkung vorhandenen Flußläufe zu erlangen, was in verschiedenster Richtung für die Entwicklung der Stadt von Bedeutung ist. So kaufte sie im Jahre 1877 die Mühlburger Mühle, um die Stauung des Landgrabens beseitigen zu können, im Jahre 1895 den Neugraben, um ihn für die Entwässerung der Stadt nutzbar zu machen. Seitdem auch die Alb in den Bereich der Stadtgemarkung einbezogen ist, wurde im Jahre 1894 zunächst die Appenmühle um den Preis von 280 000 Mk. und neuerdings die ehemalige Militärschwimmanstalt mit ihrem Staurecht in den Besitz der Stadt gebracht. Die Stadt war damit unterhalb Rüppurrs im wesentlichen Herrin der Alb geworden. In Rüppurr selbst aber befinden sich bis zur Stunde noch zwei Mühlen im Privateigentum, deren Wasserrechte sich der Stadt schon sehr hinderlich erwiesen haben, die Schwarzwälder sche und die Strohsche Mühle. — Beide Mühlen sollen nun mit den zugehörigen Wasserrechten und den entsprechenden Grundstücken und Gebäuden, sowie den Maschinen und Einrichtungsgegenständen um den Preis von 170 000 Mk. und 30 000 Mark von der Stadt angekauft werden.

Stadtv. **Sigmund**

hält den Kaufpreis für zu hoch. Es sei unerhört, der Stadt so das Messer an die Kehle zu setzen. Wenn die Mühle und das Grundstück im Werte gestiegen ist, so ist daran hauptsächlich die Entwicklung der Stadt schuld, nicht der Mühlenbesitzer. 1894 hätte die Stadt die Mühle für 40 000 Mk. haben können. Eine damals eingesetzte Kommission lehnte in unglaublicher Kurzsichtigkeit den Ankauf der Mühle ab, die Verkaufsbestimmungen seien zu schwere. Und nun stelle man unerhörte Forderungen. Das zeige von wenig Gemeinsinn, der Stadt solche Bedingungen aufzulegen.

Stadtv. **Blum** tritt für die Vorlage ein, ebenso Stadtv. **Wehrle.** — O.-B. **Siegrist** wendet sich gegen die Ausführungen des Stadtv. Sigmund. — Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen. — Damit war die Tagesordnung erledigt.

## Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 8. Juli.

**Mitteilungen aus der Stadtratssitzung**
vom 2. Juli 1914.

**Straßenbahnumbau in der Karl Friedrichstraße.** Auf Vorschlag des Tiefbauamts und im Einverständnis mit der Baukommission beschließt der Stadtrat, gelegentlich des bevorstehenden Umbaues der Straßenbahngleise in der Karl Friedrichstraße den im Jahre 1889 angelegten, das Verfassungsdenkmal umgebenden Insel-Perron zu entfernen, damit die neuen Straßenbahngleise näher an das Denkmal verschoben und so die jetzigen scharfen Gleiskurven daselbst, die einem schleunigen Straßenbahnbetrieb sehr hinderlich sind, beseitigt werden können.

**Neubauten im Tiergarten.** Die städtische Gartendirektion beantragt zur besseren Unterbringung der Tiere im Stadtgarten die Erstellung eines neuen Stalles mit Laufhöfen für größere Huftiere, die Erbauung eines Raubtierhauses und die Erstellung eines neuen Affenhauses. Der Stadtrat beschließt, zunächst die Frage zu prüfen, ob nicht die Gärtnerei auf der Ostseite des Lauterbergs verlegt und dieses Gelände in den Tiergarten einbezogen werden soll. Die Stadtgartenkommission wird ersucht, sich hierüber zu äußern und sodann Vorschlag zu machen, ob und wo die von der Gartendirektion vorgeschlagenen Neubauten errichtet werden sollen.

**Besetzung von Lehrerstellen an den Höheren Lehranstalten.** Wegen Besetzung einer Professorenstelle an der Humboldtschule (Realgymnasium), zweier Professorenstellen an der Goethe-Schule (Realgymnasium mit gymnasialer Abteilung), zweier Professorenstellen an der Fichte-Schule (Höheren Mädchenschule) und zweier Professoren und zweier Hauptlehrerinnenstellen an der Lessing-Schule (Höhere Mädchenschule mit gymnasialer Abteilung) werden dem Ministerium des Kultus und Unterrichts Vorschläge nach den Anträgen der Anstalts-Beiräte gemacht.

**Erweiterung des Kabelnetzes.** Für die Verlängerung des städtischen Kabelnetzes in der Marien-, Winter-, Herren-, Drais- und Lameh-Straße zum Anschluß weiterer Grundstücke daselbst an das städtische Elektrizitätswerk werden 6850 Mk. aus bereitstehenden Mitteln bewilligt.

**Wirtschaftsgesuche.** Dem Bezirksamt werden vorgelegt die Gesuche des Wirts Theodor Sprenger in Gottmadingen um Erlaubnis zum Betrieb des Café-Restaurants (mit Realrecht) „Zum grünen Baum", Kaiserstraße 3, und der Frau Rudolf Bühler Witwe um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum König von Siam", Werderstraße 21, unbeanstandet, das Gesuch des Wirts Georg Kling um Erlaubnis zum Betrieb eines Varietee-Theaters im Gebäude des Apollo-Theaters, Marienstraße 16, unter Bejahung der Bedürfnisfrage, die Gesuche des Bierbrauers Johann Eberle um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Gastwirtschaft in dem auf dem Anwesen Rintheimerstraße 59 zu erstellenden Neubau und des Schneidermeisters Baptist Bolich um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank in dem auf den Grundstück Lgb. Nr. 5139a, Ecke Moltke- und Stößer-Straße errichteten Verkaufshäuschen unter Verneinung der Bedürfnisfrage.

**Kinderfest in Daxlanden.** Auf allgemeinen Wunsch der organisierten Arbeiterschaft Daxlandens soll in diesem Sommer ein Kinderfest veranstaltet werden. Zwecks einer Vorbesprechung sind daher sämtliche Vorstände der freien Vereine, sowie die Vertrauensleute der einzelnen Organisationen auf morgen Donnerstag abend ½9 Uhr in den „Karlsruher Hof" eingeladen. Es wird um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht.

* **Selbstmordversuch.** Gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr versuchte sich ein hier in Stellung befindlicher, 20 Jahre alter Chemiker durch Einnehmen giftiger Pastillen und Säuere das Leben zu nehmen. Der Lebensmüde ist erheblich, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Das Motiv der Tat ist Zerwürfnis mit den Angehörigen.

* **Residenztheater.** Man schreibt uns: Wie sehr der Premierenfilm „Bergnacht", aus der Zeit des Tiroler Bauernaufstandes im Jahre 1809, Anklang fand, bewiesen die täglich ausverkauften Häuser. Die Direktion hat sich daher entschlossen, diesen Film noch bis Freitag auf dem Spielplan zu belassen. Unter den sonstigen Novitäten sind hervorzuheben ein Schauspiel „Nachtfalter" mit der berühmten Filmtragödin Asta Nielsen in der Hauptrolle und ein dreiaktiges Lustspiel „Mamselle Nitouche".

## Zum Attentat in Serajewo.

**Weitere Verhaftung eines Genossen der Attentäter von Serajewo.**

**Semlin, 7. Juli. Hier wurde gestern ein Gymnasiast namens Svetozar Popowitsch, ein Genosse der Serajewoer Attentäter, als er sich auf der Reise nach Belgrad befand, verhaftet. Popowitsch gestand, daß er am Tage des Attentats in Serajewo in einer Konditorei ein Bombe, einen Browning und Cyankali bekommen habe. Als er dann gehört habe, daß das Attentat bereits gelungen sei, habe er die Mordwerkzeuge weggeworfen. Popowitsch wird nach Serajewo eskortiert.**

## Zur Lage in Albanien.

**Mailand, 7. Juli. Der „Secolo" meldet aus Durazzo: Die Lage des Fürsten ist äußerst kritisch geworden. Die Nationalisten haben den Fürsten ersucht, sich zu einer energischen Aktion gegen die Aufständischen aufzuraffen oder Albanien zu verlassen. Die Regierungstruppen gehorchen nicht mehr. Die Gendarmen halten es bereits sämtlich mit den Insurgenten und erklären, daß sie niemals den Insurgenten feindlich gesinnt gewesen seien, die sie als Brüder betrachteten. Die europäischen Freiwilligen sind sehr unzufrieden; mehrere haben Durazzo schon wieder verlassen. Aus Valona kommt die Nachricht, daß die Epiroten mit den Aufständischen auf die Stadt marschieren. — In Durazzo soll es vor einigen Tagen zwischen den hier eingetroffenen österreichischen und den nichtdeutschen Freiwilligen zu einer Rauferei gekommen sein.**

## Letzte Nachrichten.

### Landtagsschluß.

**Darmstadt, 7. Juli. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer teilte Präsident Köhler ein Schreiben des Staatsministeriums mit, in dem angekündigt wird, daß der Großherzog am Donnerstag den 9. Juli den 35. Landtag auflösen werde.**

### Preußen geht aufs „Janze".

**Berlin, 7. Juli.** Die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet: Wie wir zuverlässig erfahren, ist nach der Art des Verfahrens gegen Rosa Luxemburg auch gegenüber allen Teilnehmern der letzten Sitzung der Großberliner sozialdemokratischen Wahlvereine, die sich mit der Aufforderung zum Massenstreik befaßte, ein Strafverfahren nach Par. 110 des St.G.B. durch die Staatsanwaltschaft eröffnet worden. Sämtliche sozialdemokratischen Parteileiter, die in der Versammlung energisch für den Generalstreik in Preußen eingetreten sind, werden sich gerichtlich zu verantworten haben. Auch an die übrigen preußischen Staatsanwaltschaften ist der Auftrag ergangen, gegen die Aufforderung zum Generalstreik durch Anklage nach Par. 110 einzuschreiten.

## Bürgermeisterwahl in Rom.

**Rom, 7. Juli. Der neue Municipalrat wählte in der gestrigen Versammlung den Fürsten Prospero Colonna mit 62 Stimmen zum Bürgermeister. Eine zahlreiche Volksmenge bereitete dem Neugewählten lebhafte Ovationen.**

### Aus der französischen Kammer.

**Paris, 7. Juli.** Die Kammer nahm heute den Kredit von 400 000 Francs für die Reise des Präsidenten Poincare nach Rußland, Schweden, Dänemark und Norwegen mit 428 gegen 106 Stimmen an. Im Laufe der Debatte erklärte Jaurès, daß die Sozialisten gegen das Gesetz stimmen würden, nicht als ob sie nicht Demonstrationen, die die Völker noch mehr nähern und den Frieden noch mehr sichern könnten, mit der lebhaftesten Sympathie begleiteten, nicht als ob sie den historischen Charakter des französisch-russischen Bündnisses, das Bebel als eine Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen bezeichnet habe, verkennten, aber man mißbrauche seit einiger Zeit solche Reisen. Außerdem könnten die Sozialisten nicht zustimmen, daß durch solche Reisen Frankreich engagiert werden würde. Jaurès ging dann die Geschichte der Geheimverträge durch, die auf der äußeren und inneren Politik Frankreichs lasteten. (Beifall auf der äußersten Linken.) Gerade in diesem Augenblick, wo wir vor der schwierigen orientalischen Frage stehen und die Bürgschaften nicht mehr besitzen, die uns der Anfang des Parlamentarismus bot, den das heldenhafte russische Volk sich errungen hatte, ist die russische Volksvertretung verstümmelt. (Bonnefons, Zentrum, ruft dazwischen: Das geht uns nichts an. — Sehr gut, rechts und im Zentrum.) Jaurès: Ich lege ebensoviel Gewicht wie Sie auf die Freiheit der Völker. Aber in demselben Maße wie die russische Volksvertretung verstümmelt, herabgewürdigt, gefesselt wird, verlieren wir hier in Frankreich an Sicherheiten. Wir werden gegen den Gesetzentwurf stimmen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

## Der Geldreichtum in Frankreich.

**Paris, 8. Juli. Das Finanzministerium gibt bekannt daß die Anleihe von 805 Millionen Francs etwa 40 mal überzeichnet worden ist.**

## Briefkasten der Redaktion.

B. B. Das Oktroi auf notwendige Lebensmittel ist durch Reichsgesetz abgeschafft.

O. B., hier. Der zweite Mobilmachungstag ist der nächstfolgende, wenn nichts anderes vorher bekannt gemacht wird.

## Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 3.61 m, gest. 2 cm, Kehl 3.76 m, gest. 4 cm, Maxau 5.61 m, gef. 1 cm, Mannheim 5.13 m, gest. 0 cm.

**Verantwortlich:** Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: **Hermann Kadel;** für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter;** für die Inserate: **Gustav Krüger,** alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

## Vereinsanzeiger.

**Karlsruhe.** (Arb.-Radfahrerbund „Solidarität".) Heute Mittwoch abend bei günstiger Witterung Abendausfahrt. Abfahrt halb 9 Uhr vom Kriegerdenkmal. 2225

**Forst.** (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 12. Juli, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Abele aus Karlsruhe und Quartalsabrechnung. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 2213

**Offenburg.** (Gewerkschaftskartell.) Mittwoch den 8. Juli, abends halb 9 Uhr, wichtige Kartellsitzung. Das Erscheinen aller Delegierten wird erwünscht. 2228

**Matt, elend, nervös**

fühlen sich viele, selbst in der Blüte der Jahre. Andere leiden an Atemnot, Kopfschmerzen, Stuhlverstopfung, Appetitlosigkeit, haben Herzklopfen, Angstgefühle, ein starkes Schlafbedürfnis, Brechreiz und Ekelgefühle, sind geistig träge, gedankenlos, erinnerungsschwach, launisch, mißmutig, neigen zu krankhafter Selbstbeobachtung, haben starke Unlust geistig zu arbeiten usw. An einigen dieser krankhaften Erscheinungen oder ähnlichen Beschwerden leidet jeder Mensch,

**dessen Blut arm an Eisen ist**

und bei dem darum die Lebensvorgänge nicht normal von statten gehen. Er muß das fehlende Eisen ersetzen. Ein vorzügliches Eisenmedikament, dem kranken Körper Eisen in einer Form zuzuführen, in der es leicht aufgenommen und verarbeitet wird, ist der Lamscheider Stahlbrunnen. In einer Abhandlung über diesen Kurbrunnen rühmt Geheimrat Prof. Dr. Liebreich dessen Haltbarkeit als einen besonderen Vorzug und sagt: „Sie ist auch therapeutisch von erheblicher Bedeutung, da sie den Eisenbedürftigen in bequemen Hauskuren die Zuführung dieses für den Organismus unentbehrlichen Grundstoffes in der Form der am leichtesten verträglichen, gelösten Oxydulverbindung ermöglicht." — Ausführliche Mitteilungen über Anwendungsgebiet, Kurerfolge u. Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen, Boppard a. Rh. N.W. 388.

Auf dem Transport defekt gewordene

**Eier**

7 Stück **20** ₰
10 Stück **28** ₰ 2227
20 Stück **50** ₰

Nur bei **Fuchs**
**Zähringerstr. 30.**

**Ferienaufenthalt.**

In einem freundl. Orte des Schwarzwaldes wird für 8 bis 14 Tage ein geräumiges möbl. Zimmer mit schöner Aussicht von Ende Juli ab zu mieten gesucht.
Off. mit Angabe des Preises an die Exped. des „Volksfr." unter **E. F. 100** erbeten

**Wäsche** wird zum waschen und flicken bei billiger Berechnung angenommen. 2223
**Schützenstr. 22,** Hth. 2. St.

**2 dreiteilige Matratzen** noch neu, **zu verkaufen.** 2217
**Marienstr. 63,** Seitenb., 2. St.

**Sommertheater.**

**Mittwoch den 8. Juli 1914**
**abends 8¼ Uhr** 2220
zum 4. Male
**„Die Kinokönigin."**

**Arbeitsvergebung.**

Für die Instandsetzung der Straßen-Fassaden verschiedener städtischer Gebäude sind
**Verputzarbeiten** und
**Anstreicherarbeiten**
zu vergeben.
Angebots-Formulare können beim städt. Hochbauamt, Zähringerstraße Nr. 96, II. Stock, Zimmer Nr. 192, abgeholt werden.
Daselbst sind auch die Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen bis
**Donnerstag, 16. Juli 1914, vormittags 9 Uhr,**
einzureichen. 2221
Karlsruhe, den 7. Juli 1914.
**Städt. Hochbauamt.**

**Portemonnaie** mit Inhalt i. d. äußeren Oststadt **verloren.** Es wird gebeten dasselbe gegen Belohnung **Veilchenstr. 15,** Sb. II. links abzugeben.

**Wegen Trauer sehr billig abzugeben:** Mehrere weiße neue Blusen mit schöner Stickerei verziert, versch. Weiten, St. 2 Mk., neue Tüllblusen, Stück 3 Mk., schwarz-seidene Bluse, 2 Korsetts, zweifl. Gasherd m. Messingstange, 6 Mk., schöne neue Menzenhauer Zither mit unterlegb. Noten, 8 Mk., Damenstiefel, Gr. 41—42. 2224
**Marxstr. 42,** part., links.

Aelteres **Bett, Faß,** 200 Liter haltend, billig **zu verkaufen.**
2222 **Hardtstraße 8,** 2. Stock.

**Kinder-Klappstuhl,** fast neu, ist billig **zu verkaufen.**
**Rankestraße 18a,** 4. Stock.

**Drucksachen** fertigt an
**Buchdruckerei Volksfreund.**

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

**Eheschließungen** vom 4. Juli. Rudolf Ammann von Bruchsal, Regierungsbaumeister in Durlach, mit Ilse Schäfer von hier. — Wilhelm Mack von hier, Stadttaglöhner hier, mit Christina Hartmann von Gölshausen. — Heinrich Aberle von hier, Bankprokurist hier, mit Klara Zieber von Bruchsal. — Alfred Schauffler von Paris, Kaufmann hier, mit Frieda Ritzler von hier. — Johann Felger von Haberschlacht, Schreiner hier, mit Pauline Leis von Storkheim. — Emil Müller von Eppingen, Schreiner hier, mit Karoline Ochs von Bruchsal. — Gustav Buckel von Lahr, Werkschreiber hier, mit Olga Steinbach von hier. — Karl Völker von hier, städt. Buchhalter in Mannheim, mit Mina Gierich von hier. — Heinrich Bader von Dörzbach, Bäcker hier, mit Anna Steinbrenner von Auerbach. — Lorenz Meier von Oberiffingen, Herrschaftsdiener hier, mit Elisabeth Well von Klingenmünster. — Ernst Stolz von Waldshut, Redakteur hier, mit Elisabeth Egle von Rettighofen. — Wilhelm Pfeiffer von Aue, Schreiner in Aue, mit Elisabeth Reiser von Karlsruhe-Daxlanden. — Odwin Matschinsky von Liegnitz, Lehrer in Müllheim, mit Ludwina Albner von hier.

**Geburten** vom 28. bis 30. Juni. Luise Emilie, V. Emil Hutt, Schlosser. — Monika Frieda, V. Johann Kunich, Gartenarbeiter. — Walter Ludwig Rudolf, V. Wilhelm Rall, Kaufmann. — Lisa Sofie, V. Karl Schöffler, Eisendreher.

## Postsches Conservatorium

**für Musik** Waldhornstrasse 8.

**Seminar für die Ausbildung von Musiklehrern und -Lehrerinnen.**

**Künstlerischer Beirat:**
Universitätsmusikdirekt. Prof. **Dr. Fritz Volbach.**

**Die öffentlichen**

**Prüfungs-Vorspiele**

finden im **grossen Saale der „Eintracht"** **Karl-Friedrichstrasse 30,** statt.

**Montag den 13. Juli, nachmittags ½5 Uhr**
**Montag den 13. Juli, abends 8 Uhr**
**Mittwoch den 15. Juli, nachmittags ½5 Uhr**
**Mittwoch den 15. Juli, abends 8 Uhr**
**Donnerstag den 16. Juli, nachmittags ½5 Uhr**
**Donnerstag den 16. Juli, abends 8 Uhr**

**Der Eintritt ist frei.** 2205

## Stadtgarten.

**Zur Feier des Geburtstages Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs Friedrich II.**

**Donnerstag den 9. Juli ds. Js.**

## Fest-Konzerte

ausgeführt von der

**Feuerwehr- und Bürger-Kapelle**

Leitung: Herr Obermusikmeister a. D. Liese.

**Vormittags ½12 bis ½1 Uhr, nachmittags 4 bis 7 Uhr abends 8 bis 11 Uhr.**

**Eintritt** für das Vor- und Nachmittagskonzert:
- **Inhaber v. Stadtgarten-Jahreskarten frei**
- **Inhaber von Kartenheften gegen Entwertung einer Karte ihres Heftes.**
- **Sonstige Personen: vormittags 10 Pfg., nachmittags 30 Pfg.**

**Abends 8 bis 11 Uhr**

## Konzert

**(mit billigen Eintrittspreisen)**

unter Mitwirkung des Opern- und Konzertsängers Herrn **Jakob Müller** aus Frankfurt a. M.

**Eintritt**
- Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenheften (letztere nach Abgabe einer Karte ihres Heftes) **10** Pfg.
- Sonstige Personen . . . . . **20** Pfg.
- Soldaten und Kinder zahlen volle Preise.

Programm **10** Pfennig. 2215

Bei schlechtem Wetter findet das Konzert am Nachmittag und Abend im kleinen Festhallesaal statt, wogegen das Vormittagskonzert ausfällt.

## Volks-Schauspiel Dietlingen

**bei Pforzheim.**

**Am 9. Juli** anläßlich **Großherzogs Geburtstag** findet eine **Sonder-Aufführung** des

## Götz von Berlichingen

statt, verbunden mit

**großem Kunstfeuerwerk und Höhenbeleuchtung des Römerberges.**

**Eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges.**

**Anfang 6 Uhr.** **Ende ¼10 Uhr.**

Beste Zugverbindungen nach allen Richtungen.

**Karten** sind in den bekannten **Vorverkaufsstellen** und auch an der **Kasse** zu haben. 2179

## Durlach.

Ich offeriere meine **zum sofortigen Aufnageln fertigen, wasserdicht imprägnierten**

## Sohlen

:-: von grösster Haltbarkeit. :-:

**Lederstücke** zum Ausbessern von Sohlen z. Aussuch. v. **10** Pfg. an

sowie sämtliche zur Schuhreparatur nötigen Artikel in bester Ware und zu **billigsten Preisen.**

**Beachten Sie bitte mein Schaufenster**

Leder - Handlung

**Ferd. Richheimer, Karlsruhe**

**Sohlen-Stanzwerke.**

Filiale für Durlach: **Hauptstrasse 86.**

## Fotografischer Wettbewerb

veranstaltet von der fotografischen Abteilung der Firma 2218

## Herm. Tietz

KARLSRUHE.

Die fotografische Abteilung der Firma Hermann Tietz in Karlsruhe veranstaltet einen fotografischen Wettbewerb, offen für Amateure, die im Grossherzogtum Baden ansässig sind. Für die besten Aufnahmen sind wertvolle Ehrenpreise ausgesetzt, über deren Verteilung die Herren Preisrichter entscheiden. Das Preisrichteramt haben freundlicher Weise übernommen die Herren:

Ingenieur Alfr. Gerber, hier
Chemiker Herm. Krank, hier
Kammersänger J. Staudigl, hier
Hofrat Professer M. Tolle, hier
Max Kurth i. Hause H. Tietz, hier

Die Ehrenpreise sind in der fotografischen Abteilung der Firma Hermann Tietz ausgestellt. — Dort wird auch der Prospekt mit den näheren Bedingungen kostenlos abgegeben.

## Krokodil Karlsruhe.

**Während des Umbaues bleibt der Betrieb im Biersaal und in den darüber liegenden Räumen, welche als Neben- und Weinzimmer dienen, in vollem Umfang aufrecht erhalten.**

**Das Bureau für meine Bier- und Weinhandlung befindet sich gegenüber dem Eingang zum „Krokodil" im Hause**

**Blumenstrasse Nr. 14, eine Treppe hoch.**

2219 **Jacob Möloth.**

**Nur bei Trefzger!**

**Sagen**

Sie, wenn Sie unsere Kataloge und Preise geprüft haben.

**Alle Brautpaare**

werden im eigenen Interesse höfl. gebeten, Offerte zu verlangen von der

**Süddeutschen Möbel-Industrie**

**Gebr. Trefzger, Rastatt**

Personal 500 — Personal 500

**Qualitäts-Möbel**

**direkt an Private**

Die Gewinne des Zwischenhandels werden erspart

**Verkaufstellen:** Karlsruhe — Konstanz — Mannheim — Freiburg — Pforzheim — Rastatt.

**Verkaufstelle Karlsruhe: Eröffnet seit 29. Juni.**

## Restaurant „Goldener Adler",

Spezialausschank der **Brauerei Kammerer.**

Jeden **Donnerstag**

## Schlacht-Tag.

17 Hochachtend **Ernst Müller.**

**Tadellos billig und schnell**

werden Sie bedient in der 1108

## Färberei und chem. Waschanstalt

Telephon 1953 **D. Lasch** Telephon 1953

Zweitgrößtes und leistungfähiges Geschäft dieser Branche am Platze.

**Filialen in allen Stadtteilen.**

Mitgl. d. Rabatt-Sparvereins. Verlang. Sie Rabattmarken

**Gebrüder Scharff**

Wir empfehlen:

**Zwiebeln**
neue Pfälzer
per Pfund **14** Pfg.

**Kartoffeln**
feinste Italiener
8 Pfund **25** Pfg.

**Tomaten**
schön und hart
per Pfund **24** Pfg.

**Salatöl**
Ia. Qual. p. Ltr. **92** Pfg.
extra „ „ „ **120** Pfg.

**Essig**
einfach stark
per Liter **7** Pfg.
doppelt stark
per Liter **15** Pfg.

Ferner:

**Beste Pyramiden-Fliegenfänger**
Drossel per St. **3** Pfg.
Patsch 10 St. **25** Pfg.
100 Stück **225** Pfg.

2204

## 2 Betten

**2 neue polierte engl. Bettstellen, 2 Röste, 2 Schoner, 2 dreit. Matratzen, 2 Polster, werden für 140 Mk. abgegeb.**

**22 Waldstraße 22**
**Möbelhaus.** 2138

## Städt. Vierordtbad

**Versch. Kurbäder**

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder. Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkastenbäder etc.

**Damenbadezeit:** „Montag u. Mittwoch vormitt. 7 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 2 bis ½9 Uhr.

**Herrenbadezeit:** „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 7—12 Uhr". 275 Auch üb. Mittag geöffnet.

## 10 Anzüge

alle Größen, gut erhalten, Maßarbeit, spottbillig zu verkaufen.
2094 **Zähringerstr. 28, II.**

## Herren- und Damen-Kleider

**reinigt und färbt billig**

**Färberei Firnrohr,**
**Kaiserstraße 28.** 2229

**Aufarbeiten** von **Betten u. Polstermöbeln** werden am besten und billigsten besorgt im Polster-Geschäft **R. Köhler,** Schützenstr. 25. 16

## Limburgerkäse

per Laib **35** Pfg., empfiehlt 2170

**Alois Zanetti, Kaiserstr. 64, Teleph. 2107.**

*Der Einsender von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 25 ABC-Künstlermarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.*

**Pfannkuch & Co**

Ein Waggon Holländer

**Schlangengurken**

St. 12 u. 15 ₰

Einige Waggons Italiener

**Kartoffeln**

gelbe Salat-Kartoffeln

3 Pfund 20 ₰

10 Pfund 65 ₰

Neue Holländer

**Vollheringe**

per Stück 10 Pfg.

Der letzte Waggon

**Malta-Zwiebeln**

Pfund 18 Pfg.

Der 1. Waggon

**Pfälzer Zwiebeln**

Pfund 12 ₰ 9197

**Pfannkuch & Co**

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

---

Große Posten ungestaubte, weisse und bunte

**Bettdamastreste**

in nur extra Ia. Qualitäten sind enorm billig abzugeben. Sehr lohnend f. Brautleute!

**Kaiserstrasse 133**

1 Treppe hoch 2163

Ecke Kaiser- und Kreuzstrasse

---

**Henkel's Bleich-Soda für den Hausputz**

---

**Wer**

gut u. billig anstreichen will

**kauft**

strichfertige Farben, Lacke, Firnisse etc.

am besten im

Farben-Spezialgeschäft

**Werderplatz 35**

Waldstr. 15, b. Colosseum

Malerbedarfsartikel

en gros en détail.

---

**Wilh. Eckert,**

Uhrmacher, Marienstr. 20,

neb. dem Apollo-Theater

empfiehlt sein Lager in 1

**Taschen- u. Wanduhren.**

Billige **Reparatur-Werkstätte, Trauringe,** 8 u. 14 kar. gestempelt, das Paar M. 12—27. Brillen u. Zwicker.

---

# Arbeitersportkartell Karlsruhe.

„Freie Turnerschaft". — „Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität". — „Die Naturfreunde".

**Sonntag, den 12. Juli 1914:**

# Grosses Sommer-Fest

**auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft.**

Nachmittags punkt 2 Uhr: **Festzug** vom Ludwigsplatz durch Erbprinzen-, Karl-Friedrichstrasse u. Südstadt auf den Turnplatz. Dortselbst: **Konzert, turnerische und sportliche Vorführungen, Wettspiele, Glücksspiele, Volks- und Kinder-Belustigungen.** Abends: **Brillant-Feuerwerk** und **Lampionzug** zur Stadt zurück.

**Wirtschaftsbetrieb** in eigener Regie: **Moninger Bier,** alkoholfreie Getränke, diverse Speisen zu regulären Preisen.

Zu dieser Veranstaltung werden die Mitglieder der Kartellvereine nebst Angehörigen, sowie die gesamte organisierte Arbeiterschaft freundl. eingeladen und insbesondere um Beteiligung am Festzug gebeten.

2206 **Die Kartellkommission.**

---

Auf dem Transport defekt gewordene

**Eier**

**20 Stück. 50 Pfg.**

Körbe mitbringen. 2203

**19 Waldhornstr. 19.**

---

**Verkaufe** fortwährend gut erhalt. **Herren- und Frauen-Kleider,** gut gemachte **Schuhe, Stiefel** in eigener Schuhmacherwerkst. 3970

**Frau Streckfuß** Durlacherstraße 79.

---

**Weg. Platzmangel** billig zu verkaufen: Ganze Möbel-Einrichtung für Brautleute, Tische, Stühle, Chiffonnier, Betten, sowie versch. Möbel, alt und neu, bei **Munk,** Zähringerstr. 30, H., II.

---

**Müllabfuhr.**

**Donnerstag, 9. ds. Mts.** (Großherzogs Geburtstag) wird kein Müll abgeholt. Dafür wird am darauffolgenden Tag die Abfuhr im ganzen Stadtteil vollzogen. 2216

Karlsruhe, den 7. Juli 1914.

**Städt. Tiefbauamt.**

---

**Pfannkuch & Co**

Heute eingetroffen: Frische

**Kirschen**

Pfd. von 17 Pfg. an 2226

**Stachelbeeren**

Pfd. 20 Pfg.

**Johannisbeeren**

Pfund 18 Pfg.

**Tomaten**

Pfd. 18 Pfg.

**Frühbirnen**

Pfd. 25 Pfg.

**Bananen**

Pfd. 32 Pfg.

sowie in einigen Filialen

**Heidelbeeren**

**Aprikosen**

**Pfirsiche.**

**Pfannkuch & Co**

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

---

**Eier**

Vom Transport leicht angeflickte Eier 2214

**50 St. für nur ℳ 1.30**

im **Eierladen**

**35 Kronenstraße 35.**

---

**Möbel**

wie

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer

Bettstellen, Chiffonniers
Waschkommoden
Vertikos, Diwans usw.

gut und billig

**auf Teilzahlung**

oder gegen bar.

Kleinste An- u. Abzahlung

**J. Iffmann Nachf.**

Karlsruhe i. B.

Karl Friedrichstr. 24.

Versand auch nach auswärts. Lieferung erfolgt mit anonymen Absender.

---

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene **Herren- u. Damenkleider, Schuhe** und **Stiefel,** aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 19

**Wilhelm Schwab**

Durlacherstraße 85.

---

# Nur noch 2 Tage

**Heute und morgen,** dauern unsere 2208

**Serien-Tage 95 ₰ 1.95 2.95**

Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, diese günstige Kaufgelegenheit nicht unbenützt vorübergehen zu lassen.

**GESCHW. KNOPF**

---

# Inventur-Ausverkauf

# Paul Roder

**Wäsche-Ausstattungsgeschäft :-: Kaiserstrasse 136.**

Von **Mittwoch den 1. Juli** bis **Samstag den 18. Juli** gewähre ich bei Barzahlung

**Doppelte Rabattmarken gleich 10%**

auf meine sämtlichen vorrätigen Waren. 2207

Eine Partie zurückgesetzte **Damen-, Kinder- und Erstlings-Wäsche**

wird unter Selbstkostenpreis abgegeben.

**Frisiermäntel, weisse Unterröcke und Tailienröcke** per St. Mk. **2.—** bis Mk. **10.—**

früher Mk. **4.75** bis Mk. **25.—.**

Eine Partie **seidene Krawatten und Selbstbinder** . . . per Stück **50** Pfg.
Eine Partie **farbige Herrenhemden,** früher Mk. 8.— . . . „ „ Mk. **4.—**
Eine Partie **wollene und halbwollene Socken** . . . . „ Paar **50** Pfg.
Eine Partie **leinene Damenkragen** . . . . . „ Dtzd. Mk. **1.50**
Eine Partie **Tragkissen und Tragkleidchen,** per Stück **50** Pfg. bis Mk. **4.50**
früher Mk. **2.50** bis Mk. **10.—.**